

Unser Export ist Weltklasse – Erstmals vor USA und Japan

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte steht die Bundesrepublik Deutschland auf Platz 1 der Liste der größten Exporteure der Welt vor den USA und Japan. Die deutschen Erfolge im Export sind auch und vor allem Ausdruck der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Das Markenzeichen „Made in Germany“ ist auf den Weltmärkten wieder gefragt, erklärte Generalsekretär **Heiner Geißler**. Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen und Arbeitnehmer haben zu diesem Erfolg maßgeblich beigetragen. Die Eroberung neuer Auslandsmärkte sichert und schafft moderne und zukunftssträchtige Arbeitsplätze und trägt entscheidend dazu bei, daß Ende 1987 800 000 mehr Menschen erwerbstätig sein werden als im Herbst 1983.

Erfolgreich ist die Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht nur beim Export, sie führt auch die Hitliste der stabilsten Währungen der Welt an. Die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank haben die Deutsche Mark zu einer der härtesten und begehrtesten Währungen der Welt gemacht. Auch die Einkommen der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland liegen international in der Spitzengruppe. Die deutschen Haushalte zählen zu den wohlhabendsten in der Welt. Die erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und die Einsatzbereitschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern haben dies ermöglicht.

Die Zukunftsperspektiven der deutschen Wirtschaft und damit die Zukunftsaussichten von Arbeitneh-

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

● Informations- und Werbematerialien zur Bundestagswahl
Rosa Teil

● Haushalt '87
Gerhard Stoltenberg: Wir sind auf einem guten und erfolgreichen Weg. Dazu Auszüge aus den Reden von Norbert Blüm, Walter Wallmann, Alfred Dregger, Manfred Wörner und Rita Süßmuth.
Ab Seite 3

● Flugblatt
Seite 30

● Öffentlichkeitsarbeit
Hinweis auf Briefwahlmöglichkeit für Deutsche im Ausland.
Seite 31

● Dokumentation
Bilanz und Perspektiven einer Politik für die Zukunft. Rede von Helmut Kohl im Bundestag.
Grüner Teil

Wahlprogramm jetzt auch im preiswerten Zeitungsdruck

WEITER SO, DEUTSCHLAND – FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

CDU extra Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987

in der vom Bundesausschuß der CDU am 5. 9. 1986 beschlossenen und vom Bundesvorstand der CDU am 10. 11. 1986 endgültig festgestellten Fassung

Präambel

Das freieheitliche Deutschland steht vor der Wahl. In der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 geht es darum, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Kraft und Fähigkeit behält, die Zukunft zu meistern. Es geht um eine politische Richtungs Wahl. Es geht darum, daß die von CDU und CSU getroffenen Grundentscheidungen für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die soziale Marktwirtschaft unangestastet bleiben. Die Wähler treffen die Entscheidung darüber, — ob CDU und CSU ihre erfolgreiche Politik fortsetzen und unser **Land** in eine sichere und gute Zukunft

Freunde sind. Das Bewußtsein um die Einheit der Nation wurde gefestigt, die Lage der Familien als der wichtigsten Gemeinschaft in unserer Gesellschaft verbessert, das Leben des ungehörten Kindes besser geschützt, die Bereitschaft zum sozialen Dienst gestärkt.

Die Politik von CDU und CSU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Es ist ethische Grundlage und Maßstab zugleich. Aus diesem Menschbild schöpft die Union die Kraft für die Bewältigung der Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft. Die Idee der personalen Würde, Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen ist die große

CDU und CSU haben mit ihrer Deutschlandpolitik mehr Menschen in Deutschland mehr Menschlichkeit gebracht und deutsche Rechtspositionen gewahrt.

Wir werden auch künftig am Ziel der deutschen Einheit festhalten und weitere Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland anstreben.

Die Sozialisten hatten eine Wirtschaft in der Krise, steigende Arbeitslosigkeit, hohe Inflationsraten und drohenden Staatsbankrott hinterlassen.

CDU und CSU haben dafür gesorgt, daß die Wirtschaft wieder wächst, die Preise stabil und die Zinsen niedrig sind und der Staat wieder solide wirtschaftet.

Wir werden den Wirtschaftswachstum

Bedürfnis gezielt helfen und Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter fördern.

Die Sozialisten hatten Steuern und Abgaben erhöht und damit die Leistung der Bürger bestraft. CDU und CSU haben die Steuern gesenkt.

Wir werden die Steuerbelastung durch ein leistungsfreundliches, sozial gerechtes und übersichtliches Steuersystem weiter verringern.

Die Sozialisten hatten Familien und Frauen benachteiligt.

CDU und CSU haben die Voraussetzungen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft geschaffen und den Frauen neue Chancen gegeben.

Wir werden unsere Politik für die Familien fortsetzen und den Frauen neue Wege in Familie und Beruf eröffnen.

durch gezielte Maßnahmen wirksam geholfen.

Wir werden durch unsere Landwirtschaftspolitik die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe sichern.

Die Sozialisten haben zur Schwächung des Rechtsbewußtseins beigetragen und in Fragen der inneren Sicherheit versagt.

CDU und CSU haben den freiheitlichen Rechtsstaat gesichert.

Wir werden die innere Sicherheit erhalten, alle dafür notwendigen Maßnahmen ergreifen und den inneren Frieden gewährleisten.

CDU und CSU sind die einzigen wirklichen und großen Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland. Menschen, Arbeiter und Angestellte, Bauern und Beamte, Unternehmer, Handwerker und die Angehörigen der freien Berufe — alle haben bei uns ihre selbstverständliche und sichere

Das Wahlprogramm der CDU und CSU gibt es jetzt auch im Zeitungsformat für alle, die es in größeren Mengen vorrätig haben müssen.

Mindestabn.: 250 Expl., Preis pro Mindestabn.: 25,— DM, Bestell-Nr.: 2950

mern und Unternehmern sind über 1987 hinaus günstig. Unsere Politik wird dazu beitragen, die internationale Spitzenposition der deutschen Wirtschaft zu sichern.

**Deswegen sagen wir:
„Weiter so, Deutschland“.**

Sozialdemokraten und Grüne haben bis heute nicht begriffen, daß die Bundesrepublik Deutschland international nur dann an der Spitze bleibt, wenn sie mit modernen Technologien und Qualitätsprodukten im internationalen Wettbe-

werb bestehen kann. Die wirtschaftspolitischen Vorschläge von SPD und Grünen würden zurück in die Krisen der siebziger Jahre führen, zu neuer Staatsverschuldung, zu neuer Inflation, zum Verfall der Deutschen Mark, zum Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit zu neuer Massenarbeitslosigkeit. Nur eine von der CDU geführte Bundesregierung ist der Garant für eine im internationalen Wettbewerb erfolgreiche deutsche Wirtschaft und damit für zukunftssichere und moderne Arbeitsplätze.

Gerhard Stoltenberg:

Wir sind auf einem guten und erfolgreichen Weg

Der Bundestag hat am Freitag, 28. November 1986, nach viertägiger vom Wahlkampf bestimmter Debatte mit den Stimmen der Regierungskoalition den Haushalt 1987 verabschiedet. Der Etat hat ein Ausgabenvolumen von 268,5 Milliarden DM. Das sind 1,9 Prozent mehr als in diesem Jahr. Die Neuverschuldung liegt mit 22,3 Milliarden DM um 1,4 Milliarden DM niedriger. In der Schlußdebatte wertete Finanzminister Gerhard Stoltenberg den Kurs der Bundesregierung als insgesamt erfolgreich.

Stoltenberg wies die Vorwürfe der Opposition als völlig verfehlt zurück. Die SPD gehe an den Tatsachen vorbei, wenn sie die Erfolge bei Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität in Zweifel ziehe, deren positive Wirkung immer mehr Menschen zu spüren bekämen. Die Bundesregierung sei bei der Haushaltskonsolidierung, am Arbeitsmarkt und bei der Belebung der Wirtschaft ein gutes Stück vorangekommen und könne eine gute Bilanz vorlegen. Die SPD betreibe Steuerpolitik mit „alten, verstaubten Sprüchen des Klassenkampfes“. Nachfolgend der Wortlaut der Rede von Gerhard Stoltenberg:

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Brandt hat zu Beginn der heutigen Diskussion die bisherige Debatte in der zweiten Lesung einer kritischen Bewertung unterzogen. Er hat dabei gesagt, bei allem, was umstritten ist, würde es nichts geschadet haben, wenn die Bereiche deutlicher geworden wären, in de-

nen mehr parteiübergreifende Zusammenarbeit von der Sache her geboten sein wird.

Ich muß allerdings feststellen, daß im weiteren Verlauf seiner Rede nicht einmal im Ansatz der Versuch der Gemeinsamkeit gemacht wurde, sondern daß hier kräftig polemisiert wurde, zum Teil in einer grob irreführenden Weise.

Die Motive und die Ergebnisse der Politik der Bundesregierung sind von Ihnen, Herr Kollege Brandt, in wichtigen Bereichen verzeichnet und, so muß ich sagen, in einigen Punkten auch entstellt worden.

Es hat mich schon überrascht, mit welcher Unbekümmertheit Sie den Skandal um die Neue Heimat hier in die Diskussion eingeführt haben. Sie haben das nicht etwa, wozu es nach der Lektüre des einstimmigen Untersuchungsausschußberichts der Hamburger Bürgerschaft Veranlassung gegeben hätte, zu einer selbstkritischen Reflexion genutzt. Ich sage hier ganz verhalten: Wer diesen Bericht des Hamburger Untersuchungsausschusses, getragen auch von den sozialdemokratischen Abgeordneten, liest, muß doch sagen, daß es für den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands darüber nachzudenken gilt, ob hier nicht Formen der Verfilzung vorlagen, von denen Sie Ihre Partei befreien sollten, wenn Sie ihr einen guten Dienst erweisen wollen. Es kann nicht hingenommen werden, daß das Fehlverhalten der Verantwortlichen in der Weise zu Vorwürfen gegen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien umgemünzt

werden soll, wie es hier von dem Kollegen Willy Brandt versucht worden ist.

Was das Verhalten der SPD betrifft, so sind die im deutschen Fernsehen vor wenigen Wochen sichtbaren Solidaritätsbekundungen führender Mitglieder Ihrer Fraktion mit dem Genossen Lappas noch in zu lebhafter Erinnerung, als daß Sie das mit einigen Bemerkungen aus der Welt schaffen könnten.

Aber weil Sie kritisiert haben, die Bundesregierung habe nicht das Erforderliche getan, weil Sie der Bundesregierung unterstellt haben, wir hätten das aus parteipolitischen Gründen oder aus Ressentiments gegen die Gewerkschaften getan, will ich dazu folgendes sagen:

In allen Fragen, in denen es um eine mögliche Hilfe der öffentlichen Hand für notleidende Unternehmen geht, ist doch zu Recht erst nach dem angemessenen, dem nachhaltigen, dem zumutbaren Finanzbetrag des Eigentümers, also hier des Deutschen Gewerkschaftsbundes, gefragt worden. Dann kommt als zweite Stufe, soweit das erforderlich ist, die Frage nach dem Beitrag der mit der Gesellschaft geschäftlich verbundenen Unternehmen, das heißt natürlich auch nach dem Beitrag der Kreditinstitute.

Erst wenn dies gewährleistet ist, kann doch ein Gespräch mit den Ländern — ich nenne sie in erster Linie —, dem Bereich der Wohnungswirtschaft und mit dem Bund zu Ergebnissen führen, ob die öffentliche Hand dies flankieren soll und in welcher Form diese geschehen kann.

Ich muß Ihnen, Herr Kollege Brandt, und damit auch der Öffentlichkeit sagen — ich habe mich gestern auch bei den anderen mitbeteiligten Bundesressorts noch erkundigt —: Nach dem peinlichen Zwischenspiel mit Herrn Schiesser, auf das ich hier nicht näher eingehe, ist es so, daß den Bundesressorts bis heute kein Konzept für eine Weiterführung, eine Sanie-

rung, eine stille Liquidation der Neuen Heimat — ich lasse ganz offen, was der Eigentümer will — vorliegt, das den genannten Voraussetzungen, insbesondere dem notwendigen weiteren finanziellen Engagement des Deutschen Gewerkschaftsbundes, entspricht. Das ist der Sachverhalt, auf den wir hinweisen müssen.

Vizepräsident Westphal: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vosen?

Dr. Stoltenberg: Ja bitte, aber nur eine Zwischenfrage.

Vosen (SPD): Eine ganz kurze Frage, Herr Finanzminister: Wollen Sie denn wirklich helfen?

Dr. Stoltenberg: Ich möchte auf das verweisen, was der Kollege Schneider zuletzt gestern im Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages gesagt hat: Wenn die Eigentümer mit den notwendigen Mitteln antreten, wenn die Frage geklärt ist, in welcher Form sich die anderen Unternehmen, die Kreditinstitute, an einem Konzept beteiligen, ist es vorstellbar, daß neben den Ländern auch der Bund prüft, ob zum Beispiel in Verbindung mit den gewährten Rückbürgschaften eine Bewegung möglich ist. Aber diese Frage kann ich doch nur konditioniert beantworten, solange der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht das tut, was auch im Interesse der Mieter notwendig ist.

Wie hier ist heute morgen auch in anderen Punkten konsequent an den Tatsachen vorbeigeredet worden. Ich sage das auch zu Ihrem harten Angriff, Herr Kollege Brandt, auf die Haltung der Bundesregierung in wichtigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister haben vor zwei Tagen die Position der Bundesregierung zu Rüstungskontrolle und Abrüstung, also auch zur Frage der sogenannten Null-Lösung, erneut dargestellt. Ich sage „erneut“, weil die letzte Debatte

darüber am 6. November war. Sie waren, wenn ich mich richtig erinnere, an diesem Tag nicht zugegen. Dafür mag es Gründe gegeben haben. Ich halte es aber auch von meinem Verständnis parlamentarischer Auseinandersetzung für bedauerlich, daß Sie zwei Tage später nur die alten Unterstellungen und Verdächtigungen wiederholen, die durch die Erklärung des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers am Mittwoch überzeugend widergelegt sind. Ich finde nicht, daß das ein guter Parlamentarismus ist.

Aber ich will hinzufügen und unterstreichen: Wir vertreten gerade hier — bei den europäischen Interessen und den Gesichtspunkten zum Thema Rüstungskontrolle, Abrüstung, Null-Lösung, um die Hauptstichworte zu nennen — eine gemeinsame Haltung mit Frankreich und Großbritannien, unseren wichtigsten europäischen Bundesgenossen.

Die Berichte nach den letzten Gesprächen zwischen Präsident Mitterrand und der britischen Premierministerin, Frau Thatcher, haben das deutlich gemacht. Ich halte es für ein wichtiges Zeichen, daß in diesen zentralen Fragen unseres Kontinents wir, die Bundesregierung, der französische Präsident und die Regierung der Französischen Republik, die britische Regierung, aber auch andere westeuropäische Regierungen mehr Gemeinsamkeit gewonnen haben. Deswegen ist es vollkommen abwegig, so zu tun, als ob diese Bundesregierung international an Gewicht verloren hätte oder — wie Sie das in einer ziemlich polemischen Weise gesagt haben — im Ernst keine Abrüstung wolle. Diese Vorwürfe treffen in der Wirkung vielleicht ungewollt auch unsere wichtigsten Verbündeten in Europa. Deswegen weise ich sie entschieden zurück.

Nicht wir stehen vor der Gefahr der Isolierung, Herr Kollege Brandt, die Sozial-

demokratische Partei steht in diesen Fragen vor der Gefahr einer gewissen Isolierung; **denn die intensiven Parteikontakte der Sozialdemokratischen Partei mit der kommunistischen SED sind nicht ein Ersatz für die feste Integration unserer Positionen im Bündnis, sie sind ein sehr fragwürdiger Nebenweg, der den deutschen Interessen nicht dient.**

Es ist ja in dieser Debatte durch den Bundeskanzler und den Bundesaußenminister auch klargeworden, daß wir beharrlich den Weg zum Ausgleich und zur Verständigung mit den Staaten Osteuropas verfolgen. Aber — ich sage das zu den ungezügelten Attacken der kommunistischen Zentralorgane aus Moskau und Ost-Berlin, „Prawda“ und „Neues Deutschland“, gegen den Bundeskanzler — **wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Wir werden uns nicht davon abbringen lassen, immer wieder entschieden für mehr Menschen- und Bürgerrechte im anderen Teil Deutschlands und in Osteuropa einzutreten.**

Herr Kollege Hoppe hat heute in diesem Zusammenhang an Andrej Sacharow erinnert. Dieser steht stellvertretend für die vielen integren, bewundernswerten Menschen, die auch heute noch in Gefängnissen, in Verbannung und Isolierung in der Sowjetunion und in der DDR schmachten müssen. Wir setzen uns für sie ein, auch wenn wir vernünftige Beziehungen zu den Regierungen Osteuropas wollen.

Im übrigen können die plumpen Einschüchternversuche der Zentralorgane der kommunistischen Parteien in unseren Wahlkampf keiner demokratischen Partei recht sein. Sie sind im Grunde für alle demokratischen Parteien peinlich. Ich unterstelle, daß das auch die Empfindung vieler Sozialdemokraten ist. **Uns werden sie im Ergebnis nicht schaden, und anderen werden sie nicht nutzen, um das jetzt kurz zu sagen.**

Erlauben Sie, daß ich nun noch auf einige Punkte der wirtschafts- und finanzpolitischen Diskussion eingehe, die heute morgen auch in kurzen Ausführungen von Herrn Kollegen Brandt und in ausführlicheren Darlegungen von Herrn Kollegen Walther eine Rolle spielen.

Ich will, bevor ich das tue, kurz auf Ihre Frage zu den Presseberichten zum Thema „Howaldtwerke — Deutsche Werft AG“ eingehen, Herr Kollege Walther. Ich will das tun, weil Sie hier — wie ich glaube — in einer wenig erfreulichen Form versucht haben, ein Zitat des Kollegen Weng aus der gestrigen Abenddebatte, dem ich sachlich zustimme, umzumünzen in Verdächtigungen gegen den Bundesminister der Finanzen. Ich will Ihnen hier an Hand einer Aufzeichnung einmal kurz die entscheidenden Stationen unserer Mitwirkung vorlesen:

■ *Am 18. Juni 1985 hat der geschäftsführende Gesellschafter des Ingenieurkontors Lübeck gelegentlich eines Gesprächs beim Bundeswirtschaftsminister unter anderem auch über das beabsichtigte Südafrikageschäft unterrichtet und mitgeteilt, daß gewisse Unterlagen für die Konstruktion von U-Booten bereits geliefert worden seien. Der Bundeswirtschaftsminister hat erklärt, daß mit einer Genehmigung nicht zu rechnen sei und nach dem Gespräch von sich aus eine Aufklärung des Sachverhalts bezüglich der bereits gelieferten Unterlagen angeordnet. Da die interne Prüfung zunächst im Wirtschaftsministerium ergeben hat, daß ein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz vorliegen haben könnte, hat der Bundesminister für Wirtschaft diesen Vorgang an den Bundesminister der Finanzen abgegeben, da die Ermittlung von Zuwiderhandlungen gegen das Außenwirtschaftsgesetz den Oberfinanzdirektionen obliegt.*

Ich sage Ihnen ausdrücklich, damit Sie von solchen Verdächtigungen absehen: Ich habe durch die Unterrichtung durch

den Wirtschaftsminister zum erstenmal erfahren, daß hier möglicherweise ein schwerwiegender gesetzlicher Verstoß vorliegt.

Ich füge hinzu: Ich habe nach einer notwendigen internen Vorprüfung durch die leitenden Beamten des Finanzministeriums veranlaßt, daß der Vorgang an die zuständige Oberfinanzdirektion Kiel am 14. November 1985 zur weiteren Verfolgung abgegeben wird. Die Oberfinanzdirektion Kiel hat gegen das Ingenieurkontor Lübeck und gegen die HDW ein förmliches Verfahren eingeleitet.

Dieses Verfahren ist, weil offensichtlich sehr komplexe Sachverhalte geklärt werden müssen, noch nicht abgeschlossen. Ich habe gehört, daß in Kürze ein Bericht über die möglichen Konsequenzen das Finanzministerium erreichen wird. Ich sage es formal: Der zuständige Bundesminister der Finanzen ist selbstverständlich bereit, wenn das Ergebnis vorliegt, den zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages oder die zuständigen Ausschüsse zu unterrichten.

Ich glaube, dies ist ein, was den für das Außenwirtschaftsgesetz zuständigen Bundeswirtschaftsminister und den — über die Oberfinanzdirektion für die notwendige Klärung und Ermittlung — zuständigen Bundesfinanzminister angeht, korrektes Verfahren.

Vizepräsident Westphal: Herr Minister, es gibt noch einen Zwischenfrager.

Dr. Stoltenberg: Bitte sehr.

Vizepräsident Westphal: Herr Zander, bitte schön.

Zander (SPD): Herr Minister dann sind nach dem, was Sie uns eben über den Vorgang erklärt haben, öffentliche Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten, die heute zitiert wurden, falsch, wonach dieser die Zustimmung des Bundeskanzlers zu diesem Vorgang erhalten hat?

Dr. Stoltenberg: Also ich habe einen Satz in der „Bild“-Zeitung gelesen. Da findet sich nicht das Wort „Zustimmung“. Ich kann nur sagen, daß weder der Bundeskanzler noch Bundesminister jemals den Eindruck erweckt haben, daß hier eine Genehmigung zugrunde gelegt werden könnte. So viel kann ich zu Gesprächen sagen, an denen ich selbst nicht teilgenommen habe. Das sage ich gern zu Ihrer Zusatzfrage.

Lassen Sie mich nun zu den Sachthemen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik kommen.

Ich bekräftige auch jetzt zum Schluß der Debatte noch einmal das, was ich in der zweiten Lesung gesagt habe. Mit Blick nicht nur auf die Beratungen dieses Jahres, sondern auch auf die vier Jahre enger Zusammenarbeit danke ich dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Walther, und allen Kolleginnen und Kollegen herzlich für die sachkundige, kritische, aber im Ergebnis doch dem Wohl unseres Staates dienende Zusammenarbeit. Natürlich hatten wir Kontroversen, Herr Kollege Walther, auch im Hinblick auf Ihre heutige Rede. Aber wir sollen sie weiter fair austragen.

Was mich an den Beiträgen der Opposition heute interessiert hat, ist die neue Sprache der Opposition, auch der GRÜNEN. Bisher wurde gesagt, unsere Politik habe nur schlimme Folgen für die Menschen. Heute morgen hat der Kollege Müller gesagt, die Koalition habe Glück gehabt. Bei diesem Wort „Glück“ kamen mir zwei Assoziationen. Die eine: Auch DIE GRÜNEN, trotz aller ideologischen Verbissenheit, bestreiten nicht mehr, daß immer mehr Menschen die Wirkungen dieser neuen Politik erfahren. Ich habe Sie ausnahmsweise einmal zustimmend zitiert, wenn auch jetzt nicht in den weitergehenden Folgen; auch das sollte Sie nicht beunruhigen. Mir kam da ein altes

Sprichwort in den Sinn, das ich hier ohne Überheblichkeit zitiere: **Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige.**

Nein, meine Damen und Herren, Glück reicht als Kategorie allein nicht aus, um die positive Gesamtbilanz dieser vier Jahre zu erklären. Wir haben die Grundsätze einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft wieder zur Geltung gebracht. **Die Bürger haben die Entscheidungen, die Signale dieser neuen Politik verstanden und als Verbraucher, als Investoren und in der Arbeitswelt produktiv aufgenommen. Das ist der entscheidende Punkt für die Trendwende zum Besseren, die wir verzeichnen können.**

Herr Kollege Walther, wie schlecht die Position der SPD ist, zeigt mir, daß Sie sogar amtliche Statistiken bezweifeln. Ich will hier über diese Debatte zum Thema Beschäftigtenzahl nicht mehr lange reden. Nach Ihren gestrigen Ausführungen habe ich mich aber noch einmal mit einer Originalunterlage des Statistischen Bundesamtes — Referat VIII C 3 — ausgestattet, in der die Entwicklung der Erwerbstätigkeit vom Januar 1981 bis zum September 1986 im Monatsdurchschnitt festgehalten ist. Nach der Lektüre kann ich nun nicht alles bestätigen, was Sie hier heute an Zahlen vorgetragen haben.

Zwischenruf Walther (SPD): Die 86er Zahlen sind geschätzt!

— Aber Herr Kollege Walther, wenn Sie das noch einmal vertiefen wollen, sage ich auch das noch. Ich will Ihnen das und auch der deutschen Öffentlichkeit, die Sie hier ständig zu verwirren versuchen, jetzt gern einmal erklären: Es gibt eine erste, kurzfristige Schätzung nach zwei Monaten, eine Schätzung auf der Grundlage des bisherigen Verfahrens nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Da werden die Bereichsstatistiken des Statistischen Bundesamtes, die Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

und, was sehr wichtig ist, die Statistik der Krankenkassen über die Beitragszahler herangezogen, denn sie erhalten die aktuellen Daten, weil man sich entsprechend der Pflicht zur Sozialversicherung natürlich anmeldet.

Dann gibt es einen zweiten Wert. Das heißt: Einen Monat später wird der vorläufige Wert korrigiert. Wir können nun wirklich unterstellen, daß das Statistische Bundesamt, das über alle Regierungswechsel hin — in Ihrer Zeit und in unserer Zeit — eine Behörde mit großer fachlicher Autorität war und ist, diese Ergebnisse mit einer — wenn überhaupt — minimalen Marge nach oben oder unten nach drei Monaten zur Verfügung gestellt hat. Wenn diese Statistik ergibt, daß wir vom Oktober 1983 bis zum September 1986 eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten um genau 600 000 haben, dann sollten Sie das nicht länger bestreiten. Wenn man so etwas tut, dann kann man das jedenfalls nicht länger ernst nehmen.

Bei allem polemischem Rankenwerk will ich noch einmal versuchen, den sachlichen Kern unserer Kontroverse über die Rolle des Staates in der Beschäftigtenpolitik zu beschreiben. Ich will das hier in Erinnerung an Beiträge aus früheren Diskussionen tun. Der Herr Kollege Ehrenberg, der hier früher für Sie in diesem Zusammenhang gesprochen hat, und andere haben immer wieder gesagt — ich zitiere das einmal, wie ich hoffe, fair —: „Auch wir haben nach den schweren Einbrüchen, etwa der Jahre 1973/75, mit unserer Politik wieder zunehmende Beschäftigung ab 1976/77 erreicht.“ — Das ist also die These, die uns entgegengehalten wird. Da würde ich sagen: Ja, das ist statistisch zwar richtig, aber es ist dann schon ab 1980, vor allem ab 1981 zu einem Abbruch dieser Entwicklung und zu einem geradezu dramatischem Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen.

Wir ziehen aus dieser Erfahrung eine bestimmte Konsequenz. Wir sagen: Dauerhafte, sichere Arbeitsplätze können nicht durch befristete, auf Pump oder durch höhere Steuern finanzierte Konjunkturprogramme geschaffen werden. Das ist unsere Folgerung.

Deswegen treten wir für eine grundlegende, verlässliche und dauerhafte Verbesserung der Rahmenbedingungen mit den Mitteln der Wirtschafts-, der Steuer-, der Abgaben und der Arbeitsmarktpolitik ein. Damit haben wir begonnen. Die ersten Ergebnisse sind ermutigend. Große Aufgaben liegen noch vor uns. Wir sind in der Analyse einiger Sachverhalte auch nicht so weit auseinander, wie das in Ihren heftigen Attacken erscheint. Daß wir — beginnend mit den sektoralen Problemen des Schiffbaues, der Kohle, bei den regionalen Problemen einiger Bereiche in der Bundesrepublik, die wirklich in der Gefahr sind zurückzufallen, bis hin zu den großen Fragen der EG-Politik etwa auf dem Agrarmarkt — gewaltige Herausforderungen vor uns haben, ist doch in einer ernsthaften politischen Diskussion vollkommen unbestritten. Wir würden die deutschen Bürger nicht überzeugen, wenn in den kommenden Wochen bis zum 25. Januar die einen nur Erfolgs- und Jubelmeldungen machten und die anderen — wie wir das bei Ihnen erlebt haben — nur Schwarzmalerei und Pessimismus. Das nimmt uns doch keiner ab, meine Damen und Herren.

Deswegen appelliere ich an Sie, bei aller kritischen Sonde der Opposition, nicht weiter zu bestreiten, daß wir in puncto Wachstum, Preisstabilität, Beschäftigung, in diesen vier Jahren unser Land erheblich vorangebracht haben.

Die Kontroverse ist auch in den Fragen der Steuerpolitik da. Hier in der Diskussion haben zwei Redner, einer Ihrer Kollegen und einer der GRÜNEN, noch ein-

mal unsere Entscheidung aus dem Frühjahr 1985 kritisiert, die steuerlichen Abschreibungen für Wirtschaftsgebäude grundlegend zu verbessern. Ich habe vor einiger Zeit eine Statistik gelesen, in der sich folgendes widerspiegelt: Die Verbesserung der Lage in der Bauwirtschaft, die Verbesserung insbesondere auch für die Bauarbeiter, wo dieser dramatische Personalabbau gestoppt werden konnte, beruht zu einem erheblichen Teil darauf, daß die Aufträge für Wirtschaftsgebäude in diesem Jahr weit überdurchschnittlich angestiegen sind, in den ersten Monaten um gut 10 Prozent.

Zwischenruf Walther (SPD): Strohfeuerprogramm!

— Dies ist kein Strohfeuerprogramm, weil diese steuerliche Neuregelung unbefristet ist, dauerhaft ist und nicht ein kurzfristiges Konjunkturprogramm, das Strohfeuereffekte erzeugt, Herr Kollege Walther. Das ist der Punkt.

Mein dringender Appell an Sie ist, aufzuhören, solche Entscheidungen zur Stärkung wichtiger Bereiche unserer Volkswirtschaft und damit auch der Arbeitnehmer weiter als Umverteilung zugunsten der Reichen zu denunzieren.

Ich will das ausdrücklich sagen: Wir halten weitere Entlastungen auch bei den Unternehmensteuern für notwendig. Ich will das begründen. Wir entschuldigen uns hier nicht; wir begründen das.

Nehmen Sie die Körperschaftsteuer. Wir haben bei unseren wichtigsten Partnern einen nachhaltigen Rückgang der Körperschaftsteuer: in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich, in Großbritannien, in den Niederlanden. Ich möchte Sie darauf verweisen, daß der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky, Spitzenkandidat der Sozialistischen Partei Österreichs, 14 Tage vor der Nationalratswahl am vergangenen Sonn-

tag folgendes angekündigt hat: Zu den wichtigsten Aufgaben der Steuerpolitik in Österreich gehöre eine Senkung der Körperschaftsteuer — dort mit einer anderen Bemessungsgrundlage als bei uns — von 55 Prozent auf etwa 40 Prozent. — Warum ist das ein Programmpunkt des österreichischen sozialistischen Bundeskanzlers gewesen? — Weil er begriffen hat, daß im Wettbewerb der Steuersysteme um arbeitsplatzschaffende Investitionen Österreich dem allgemeinen Trend der westlichen Industrieländer folgen muß, sich anschließen muß, wenn das Sparkapital des eigenen Volkes nicht ins Ausland zu günstigeren Anlagen hin fließen soll.

Das, was der österreichische sozialistische Bundeskanzler Vranitzky begriffen und vor der Wahl angekündigt hat, sollte endlich auch bei der deutschen Sozialdemokratie zur Nachdenklichkeit führen, anstatt daß mit den alten, verstaubten Sprüchen des Klassenkampfes Steuerpolitik betrieben wird.

Wir wollen die Einkommen- und Lohnsteuer grundlegend senken — mit einem durchgehenden linearen Tarif. Weil die Frau Kollegin Fuchs das hier in der sozialpolitischen Debatte nun wirklich irreführend dargestellt hat — ich bin ja ganz höflich zum Schluß, meine Damen und Herren —, möchte ich folgendes sagen:

Wenn wir diesen linear-progressiven Tarif — und das ist die programmatische Aussage von CDU/CSU und FDP — verwirklichen, ergibt dies die stärkste Senkung der Grenzbelastung in der unteren Progressionszone, die schon bei Einkommen von 18 000 DM bei Ledigen und 36 000 DM bei Verheirateten beginnt. In der unteren Progressionszone werden wir die stärkste Absenkung der Grenzbelastung haben. Sehr geehrte Frau Kollegin Fuchs, streichen Sie doch die Behauptung, wir wollten in der Steuerpolitik nur etwas für die Bezieher

von Einkommen über 5 000 DM monatlich tun, aus Ihrem weiteren Wahlkampfpretoire. Streichen Sie das, bitte ich, wirklich endgültig, wenn Sie noch ernstgenommen werden wollen.

Meine Damen und Herren, ich bekräftige noch einmal: Große Aufgaben liegen vor uns, erstens die Steuerreform, von der ich hier gesprochen habe. Sie zielt auf mehr Beschäftigung, bessere Anerkennung der beruflichen Leistung, Berufstätige mit Kindern und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Das sind vier vorrangige Aufgaben einer Steuerreform.

Zweitens nenne ich die Kostenbegrenzung im Gesundheitswesen, Herr Kollege Walther, damit die für Arbeitnehmer und Betriebe ansteigenden Beiträge abgebrems werden können. Ständig steigende Lohnnebenkosten sind eine Gefährdung der Beschäftigungsentwicklung, und sie können auch, wenn wir dies nicht korrigieren — gemeinsam, wie ich hoffe — in der Tat die arbeitenden Menschen zu einem Teil um die Erträge der Steuersenkung bringen.

Die dritte Aufgabe, die in der sozialpolitischen Debatte schon behandelt wurde, ist unser Rentensystem weiterzuentwickeln, damit es auch nach den schweren demographischen Veränderungen für zwei Generationen verlässlich bleibt.

Als viertes will ich hier auch nach der Rede von Herrn Kollegen Brandt noch einmal die Europäisierung der Umweltschutzpolitik und der Standards nennen. Im Gegensatz zu Ihren negativen Urteilen über die Umweltschutzpolitik der Koalition, Ihren nicht qualifizierten Angriffen auf unseren Kollegen Walter Wallmann, sage ich Ihnen, Herr Kollege Brandt: Diese Regierung ist die erste, die erfolgreiche Schritte zur Europäisierung der Umweltschutzpolitik eingeleitet hat.

Aber es bleibt noch viel zu tun, um andere zu überzeugen.

Wir alle sind tief bestürzt über die Serie schwerer Unfälle der Chemieindustrie am Rhein, beginnend in der Schweiz, aber auch über die, die uns jetzt berühren. Diese Dinge sollten nicht in so vordergründiger Form für politische Polemik verwandt werden, wie Sie das hier versucht haben.

Es ist eine Herausforderung für uns alle, die nationalen Standards zu verschärfen, die Kontrollen, Selbstkontrollen und, soweit wie nötig, öffentlichen Kontrollen für die Unternehmen wirksamer zu gestalten und die Europäisierung zu erreichen. Herr Kollege Brandt, es wäre eine große Aufgabe für die Sozialistische Internationale, die noch zögernden Partnerländer in Westeuropa zu überzeugen, daß sie endlich den Stand erreichen sollten, den wir in der Bundesrepublik Deutschland haben und im Interesse der Umwelt weiter ausbauen wollen.

Ich sage hier zum Schluß — ich wollte das an den genannten Feldern der Politik heute noch einmal deutlich machen —: Wir haben keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir wissen, wie groß die Aufgaben und die noch nicht gelösten Probleme sind. Wir laden Sie, meine Damen und Herren der SPD, zu einem Wettbewerb der Ideen ein. Wir sollten in den kommenden zwei Monaten in einen Wettbewerb der Ideen und Argumente statt in einen Wettbewerb der Polemik und der Holzerei eintreten. Das ist meine Empfehlung hier.

Aber wir glauben, daß wir auch den Gründern, die wir in dieser Diskussion vorgetragen haben — Bilanzen, Fakten, programmatische Aussagen — auf einem guten Weg sind. Deswegen werben wir um das Vertrauen einer Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Norbert Blüm:

Es zählen nicht Worte, sondern Taten

Wir sind vier Jahre im Amt

● 1986 — Die stärkste Preisstabilität seit 1953

● 1986 — Die höchste reale Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer seit 1971

● 1986 — Die höchste reale Rentensteigerung seit 1978.

Es zählen nicht Worte —
es zählen Taten:

● 1986 — Der prozentual geringste Zuwachs der Staatsverschuldung seit 1969

● 1986 — Die niedrigsten Zinsen seit 1978

● 1986 — Die niedrigste Steuerquote seit 1972.

Es zählen nicht Worte — es zählen Taten. Und an den Tatsachen läßt sich am besten der Unterschied zwischen Regierung und Opposition klarmachen.

Sozialistische Umverteilungspolitik holt den Bürgern erst klammheimlich Geld aus der Tasche — um es anschließend lautstark zurückzugeben. Und dabei erwartet sie noch Dank und Anerkennung von den Begünstigten, die ihre Begünstigungen selber bezahlt haben.

Absender und Empfänger sind weitgehend gleich. Der Staat spielt Briefträger und erwartet von den Bürgern, daß sie sich für die Zahlkarte bedanken, die sie selber abgeschickt haben. Abgaben und Zuteilung sind als Kreisverkehr organisiert. In diesem Teufelskreis verlieren die Arbeitnehmer und Unternehmer die Übersicht, was wem gehört. Und sie verlieren die Lust an der Arbeit dazu.

Preisstabilität ist Sozialpolitik

Unsere wichtigste Verteilungspolitik heißt: Preisstabilität. Inflation ist Umverteilung gegen die Rentner und Arbeitnehmer.

Preisstabilität ist Verteilungspolitik ohne Formulare und Anträge, ohne Schalter und Genehmigungsbehörden. Preisstabilität ist lautlose Sozialpolitik.

Die Rentner haben nichts von einer Rentenerhöhung, die Ihnen durch Preissteigerung wieder aufgezehrt wird, und die Arbeitnehmer haben nichts von einer Lohn-erhöhung, die von der Preissteigerung übertroffen wird.

1986 haben wir den höchsten Zuwachs beim realen privaten Verbrauch seit 1977.

Der Durchschnitts-Rentnerhaushalt hat gegenüber 1982 allein durch Preisstabilität die Kaufkraft für eine Jahresrechnung für Heizung und Strom gewonnen.

Zinssenkung ist Investitionspolitik

Zinssenkung ist unser wichtigstes Investitionsprogramm. Investitionen werden dadurch billiger. Die niedrigen Zinsen 1986 sind gegenüber 1982 eine Kostenentlastung von 40 Milliarden DM.

Wo was investiert wird, entscheiden besser private Unternehmen als staatliche Bürokratien. Bürokratien wissen nicht besser, was die Bürger brauchen, als diejenigen, die dabei Geld verdienen wollen.

Denn die überlegen in der Regel sorgfältiger, wofür Geld ausgegeben wird, als Planungsbehörden, die das Geld nicht verlieren, wenn es falsch ausgegeben wird.

Zinssenkung ist unser Investitionsprogramm

Es ist ein Investitionsprogramm ohne Formulare und Anträge, Schalter und Genehmigungsbüro.

Der Unterschied

Der Himmel der Sozialdemokraten muß ein Gebäude mit vielen Schaltern sein. Seine Eintrittskarte sind Formulare. Sein Gütezeichen ist der Stempel: Genehmigung.

Die Grundentscheidung heißt: Papier und Behörden gegen Bürger und Initiativen.

Das ist der Unterschied. Die SPD mit ihrem Vorzug für den Staatsapparat, wir mit unserer Vorliebe für den Staatsbürger.

Dies freilich sind Vorfahrtsregeln. Wer in Schwierigkeiten ist, kann nicht im Stich gelassen werden.

Ich verkünde nicht das Programm eines Nachtwächterstaates. Ich verkünde auch nicht die Politik einer Brutal-Marktwirtschaft, sondern das Programm der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb lassen wir Kohle und Stahl nicht im Stich und geben 1987 rund 5½ mal soviel für Anpassungsbeihilfen aus wie 1982. Auch bei Werften und beim Bau haben wir den Strukturwandel sozial abgestützt.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Unsere Sozialpolitik überläßt die Arbeitslosen nicht ihrem Schicksal. 600 000 neue Arbeitsplätze seit Herbst 1983; die Regierung Schmidt verlor 800 000 Arbeitsplätze in ihren letzten beiden Jahren. Neue Arbeitsplätze sind die beste Politik für Arbeitslose, und unsere Arbeitsmarktpolitik legt nicht die Hände in den Schoß.

1986 — Die höchsten Teilnehmerzahlen an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen seit Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes.

1986 — Die höchste Zahl von Beschäftig-

ten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seit je.

1986 — Die höchsten Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik seit Bestehen der Bundesrepublik.

Es zählen nicht Worte — es zählen Taten.

1986: 11,5 Mrd. für Arbeitsmarktpolitik, **1982:** 6,8 Mrd. für Arbeitsmarktpolitik.

Selbst ein Mathematiklehrer, der der GEW angehört, muß zugeben, daß 11,5 mehr als 6,8 Mrd. sind. Daß diese Regierung mehr für die Arbeitslosen tut als die sozialdemokratische Vorgängerin.

Arbeitszeit

Wir haben den Arbeitsmarkt entlastet durch

■ ein **Vorruhestandsgesetz**. Zur Zeit gibt es rund 62 000 Vorruheständler. Das ist ein handfester Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung, nämlich zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

■ **Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie**. Das ist nicht nur eine familienpolitische Tat, sondern auch eine Lebensarbeitszeitverkürzung. Im Oktober haben 143 000 Mitbürger Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie in Anspruch genommen.

■ **Förderung der Teilzeitarbeit** durch verstärkten arbeitsrechtlichen Schutz. Teilzeitarbeit ist auch eine Arbeitszeitform mit weniger Arbeitszeit als bisher üblich. Rund eine viertel Million Arbeitslose sucht gar keine Vollerwerbsstelle, sondern einen Teilzeitarbeitsplatz.

■ **Rückkehrförderung** von ausländischen Arbeitnehmern. **300 000 ausländische Mitbürger** sind auf diese Weise freiwillig in ihre Heimat zurückgekehrt.

Befristete Arbeitsverhältnisse als Brückenbau

Wir haben das Arbeitsrecht überprüft, damit es nicht wie eine Festungsmauer um

die Erwerbsgesellschaft wirkt, sondern eine Brücke in die Arbeit ist.

Die erweiterte Ermöglichung von **befristeten Arbeitsverträgen** ist Einstiegshilfe in die Arbeit. Die IG Metall berichtet nach einer Befragung von über 5 000 Betriebsräten, daß 60 Prozent der befristeten Arbeitsverträge inzwischen schon in unbefristete überführt wurden. Wenn man bedenkt, daß unter den übrigen 40 Prozent auch noch weitere Übernahmen in unbefristete Arbeitsverhältnisse stattfinden und ein Teil der befristeten Verträge nur als kurzfristige Aushilfe, ohne Wunsch auf Daueranstellung abgeschlossen war, dann ist das IG-Metall-Ergebnis ein Rekord. Eine Bestätigung unserer Politik. (Das IG-Metall-Ergebnis ist über den Verdacht erhaben, es sei zugunsten von Norbert Blüm geschönt.)

Nach einer Untersuchung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung sollen dort sogar 75 % übernommen werden.

Auch die Überstunden sind zurückgegangen auf 1985: 1,5 Mrd. (1970: 3,5 Mrd.).

Ich bin überzeugt, auch hier hat das Beschäftigungsförderungsgesetz geholfen.

Arbeitszeit, Arbeitsrecht, Arbeitsmarktpolitik, Qualifikation: Alles muß dem Arbeitslosen helfen. Das wichtigste für Arbeitslose ist, wieder Arbeit zu finden. Einstellen so früh wie möglich. Einstellen jetzt. Facharbeitermangel und Qualifizierungsdefizite sind kein Alibi für Einstellungsverweigerung. Facharbeiter fallen nicht vom Himmel. Sie müssen ausgebildet werden. Arbeitslose müssen eingearbeitet und qualifiziert werden. Die Arbeitslosen selber müssen mitmachen. Nur in einer gemeinsamen großen Anstrengung kommen wir der Vollbeschäftigung Schritt für Schritt näher.

Ich fordere die Unternehmer auf, nicht nur an neue Maschinen zu denken, sondern auch für Arbeitnehmer zu sorgen, die diese

Maschinen beherrschen können. Modernisierung ist Investieren plus Qualifikation.

Sozialer Schutz

Auch den sozialen Schutz der Arbeitslosen haben wir verbessert:

1. Das Arbeitslosengeld für die Älteren wurde verlängert. Wir werden es noch einmal verlängern.
2. Die jugendlichen Arbeitslosen wurden wieder in die Krankenversicherung und das Kindergeld einbezogen.
3. Für die Arbeitslosenhilfe wurde der Ehegattenfreibetrag verdoppelt.

Wir mußten sparen. Aber wir haben nicht nur gespart.

Zwei Mrd. umfassen die **Leistungseinschränkungen** in der Arbeitslosenversicherung. Das ist viel. Aber 3,4 Mrd. betragen die **Leistungsverbesserungen** in der Arbeitslosenversicherung. Das ist mehr.

Sparen heißt auch Gestalten. Also dort sparen, wo möglich, um dafür Geld zu erhalten, wo nötig. Wir haben gespart bei Arbeitslosen ohne Kinder und mehr ausgegeben für die Dauerarbeitslosen, um ihnen so lange wie möglich Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu ersparen.

Sozialabbau?

Die SPD polemisiert gegen das Sparen, aber sie hat den Sparzwang ausgelöst durch eine Ausgabenpolitik, die zwar bestellte, aber nicht bezahlte.

Wer uns Sozialabbau vorwirft, der muß zuvor dafür sorgen, daß im eigenen Haus alles in Ordnung ist. Welches Haus also sollen wir nehmen zum Test für die Glaubwürdigkeit der SPD-Vorwürfe?

Ich schlage vor: NRW.

NRW belastet die Familien rigoros: Erhöhte Kindergartenbeiträge. Belastung der Familien von 1982 bis 1985 in Höhe von 305 Millionen DM.

NRW läßt die Jugendlichen hängen: Zwischen 1980 und 1985 wurden der Jugend-

arbeit in Nordrhein-Westfalen 395 Millionen DM entzogen.

NRW stellt Alte und Behinderte ins Abseits:

Die Mittel für die Altenhilfe und Behinderteneinrichtungen wurden von 1980 auf 1986 halbiert.

NRW läßt die Krankenhäuser notleidend werden: Kürzung der Mittel für Baumaßnahmen von 600 Millionen DM in 1985 auf 450 Millionen DM in 1986.

NRW kürzt beim sozialen Wohnungsbau: Während das 1985 verkündete mehrjährige Wohnungsbauprogramm für 1986 noch die Förderung von 29 120 Wohnungen vorsah, werden es tatsächlich nur 14 170 Wohnungen sein.

Insgesamt wurden im nordrhein-westfälischen Sozialhaushalt seit 1980 Sozialleistungen von 1,8 Milliarden DM zusammengestrichen.

Und jetzt die Preisfrage: Wer regiert in NRW? Johannes Rau und die SPD. Und wer will in Bonn regieren: Johannes Rau und die SPD.

Ich schlage vor, die SPD erledigt zuerst ihre Hausaufgaben in Düsseldorf, bevor Johannes Rau uns Nachhilfeunterricht in Bonn geben will.

Sparen für Arbeitnehmer

Wir sparen nicht für Herrn Flick, sondern für Millionen von Beitragszahlern, nämlich die Arbeitnehmer, und die sind bekanntlich keine Millionäre.

Die Nettolöhne stiegen von 1970 bis 1982 um 112 %, die öffentlichen Sozialleistungen aber um 210 %. Wenn die Abgaben aber schneller steigen als die Löhne, ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Abgaben so hoch wie die Löhne sind. Dann können wir statt Lohn Krankenscheine ausgeben und unsere Brötchen auf Krankenschein beziehen.

Die Rente ist sicher

Wir mußten die Rentenversicherung vor dem Zusammenbruch bewahren. Und jetzt steht das Rentenhaus wieder auf sicherem Fundament. Wir werden die Renovation der Rentenversicherung mit der gebotenen Entschiedenheit angehen, können dies aber ohne Einsturzgefahr mit Ruhe und Gelassenheit tun, Hektik ist für solide Rentenpolitik Gift. Die Rente ist wieder sicher, das bestätigen alle Fachleute. Das Geld in der Rentenkasse nimmt wieder zu.

Anpassung des Rentensystems heißt nicht Abriß des guten alten Rentenhauses, sondern nur Umbau. Aus einer lohn- und beitragsbezogenen Versicherung wird kein Fürsorgesystem. Rente bleibt Rente. Sie ist kein Altersalmoosen, sie ist Alterslohn.

Hinterbliebenenreform

Wir waren in der Rentenversicherung nicht nur als Reparaturschlosser unterwegs, sondern haben neue Strukturen installiert.

Witwer und Witwen sind gleichgestellt. Unsere Hinterbliebenenreform, hat die Zustimmung der Frauenverbände und der Gewerkschaften gefunden. Sie ist sozial rücksichtsvoll, frauenfreundlich und praktikabel.

Kindererziehungszeiten

Wir haben Kindererziehung zum ersten Mal in der Rentenversicherung anerkannt. Endlich nach 100 Jahren Rentenversicherung geschieht den Müttern Recht in der Rente.

Kindererziehungszeiten in der Rente — das ist ein Jahrhundertgesetz:

Schon innerhalb der ersten 10 Monate der Geltung dieses Rechts haben rund 273 000 Frauen von der Neuregelung profitiert. 50 000 Mütter erhalten dadurch erstmals überhaupt einen eigenen Ren-

tenanspruch. Die durchschnittliche Rentensteigerung durch Kindererziehungszeiten beträgt 54,40 DM im Monat!

Bis 1990, also innerhalb der nächsten vier Jahre, haben 5,3 Millionen Mütter den Nutzen von der Neuregelung. 5,3 Millionen Frauen, die von der SPD nur Worte gehört hatten, aber nie ein Etat. Bis 1990 wird unser Gesetz 10 Mrd. DM gekostet haben.

Die sozialdemokratischen Nichtstuer werfen uns jetzt vor, wir würden zu wenig tun. Die Nachzügler maskieren sich als Vorreiter. Selbst in ihrem neuen Gesetzentwurf haben die Sozialdemokraten 700 000 Mütter vergessen, die nicht in der Rentenversicherung oder Kriegsopferversorgung sind. Und zwar endgültig ausgeschlossen — nicht stufenweise, sondern stufenlos.

Es bleibt vor der Tür die Witwe eines Beamten ohne eigenen Rentenanspruch, und wenn sie 10 Kinder erzogen hat. Es bleibt ausgeschlossen die Frau eines Selbständigen ohne Rente. Was ist daran gerecht oder auch nur sozial?

Wir haben die Gerechtigkeit nicht auf einmal schaffen können, nachdem die SPD 13 Jahre nichts gemacht hat. Das Ideal gibt es in der Sozialpolitik nur schrittweise. Nur Revolutionäre versprechen das Ganze und gehen aufs Ganze. Das Ideal ihrer Träume wird mit Trümmern der Realität bezahlt.

Wir beginnen mit den jüngeren Müttern. Denn die Kinder, die heute geboren werden, sollen ihre Mutter behalten können. Die Mutter von heute soll nicht mit Rücksicht auf Renteneinbußen morgen zur Erwerbsarbeit gezwungen sein.

Der Zugang zu den Erziehungszeiten geschieht auch für die Jüngeren schrittweise, nämlich jahrgangsweise: Immer mit dem Jahr des Rentenzugangs. 300 000 bis 400 000 werden das jeweils in den kommenden Jahren sein.

Die älteren Mütter, die schon in Rente sind, holen wir in vier Schritten in die Anrechnung auf Kindererziehungszeiten. Schon 1987, im ersten Schritt, werden 1,1 Millionen Mütter der älteren Generation die Kindererziehungszeiten zum ersten Mal in Anspruch nehmen können.

Schrittweise gerecht ist besser als 13 SPD-Jahre Stillstand im Unrecht.

Kriegsopfer

Die Kriegsopfer sind nicht nur von besonderen Sparopfern ausgenommen worden, es hat auch wichtige Leistungsverbesserungen gegeben. Ich nenne einige Beispiele:

■ Schwerbeschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 oder 60 Prozent erhalten zukünftig eine Ausgleichsrente wie bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 Prozent. Das bedeutet eine Anhebung der Gesamtversorgung um bis zu 143 DM monatlich. Außerdem erhalten viele Betroffene durch die Neuregelung überhaupt erst eine Ausgleichsrente.

Rund 15 000 Schwerbeschädigte erhalten so höhere Leistungen.

■ Der Berufsschadensausgleich und der Schadenausgleich für Witwen — beides Leistungen zum Ausgleich eines entschädigungsbedingten Einkommensverlustes — werden um 6,25 Prozent erhöht. Für den einzelnen kann sich daraus eine Leistungserhöhung von mehr als 100 DM im Monat ergeben. Insgesamt eine Verbesserung für rund 200 000 Versorgungsberechtigten.

■ Fast 7 000 ältere Menschen profitieren von den erweiterten Möglichkeiten, eine Kapitalabfindung der Grundrente zu erhalten.

■ Die Bundesregierung hat wichtige Leistungen der orthopädischen Versorgung verbessert. Vor allem die Geldleistungen — etwa Zuschüsse für Anschaffung und

behindertengerechte Ausstattung von Kraftfahrzeugen — werden zum 1. Januar 1987 um durchschnittlich 35 Prozent erhöht.

Außerdem wird die Versorgung mit Hilfsmitteln — zum Beispiel Rollstühlen — ausgeweitet und verbessert.

100 000 Betroffene haben den Nutzen von diesen Leistungsverbesserungen.

Eigentum in Arbeitnehmerhand

Soziale Sicherheit ist ein hohes Gut des Sozialstaates. Aber nirgendwo steht geschrieben, sie sei lediglich eine staatliche oder kollektive Aufgabe. In einer mündigen Gesellschaft tritt Eigenvorsorge neben die öffentlich-allgemeine Sicherung.

Das bevorzugte Instrument der Eigenvorsorge ist Eigentum. Eigentum in unserem Verständnis ist nicht eine Spezialität der Kapitalisten, sondern ein Recht der Arbeitnehmer. Wir schlagen mit Eigentum in Arbeitnehmerhand zwei Fliegen mit einer Klappe. Eigentum für alle ist Überwindung von Kapitalismus und Sozialismus.

Kapitalismus heißt, daß nur wenige Eigentum besitzen. Und Sozialismus legt es darauf an, daß niemand Eigentum erwirbt. Weder wenige noch niemand, **sondern alle sollen Eigentum besitzen: Das ist unser Programm.**

Die Bürger sollen nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Kapitalgeber sein. Arbeit und Kapital werden so ihres Klassencharakters entkleidet und zu Funktionsbezeichnungen. Trotz Haushaltskonsolidierung sind wir auch bei der Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand ein Stück auf dem Weg zu unserem Ziel weitergekommen.

■ Inzwischen halten 1,1 Mio. Arbeitnehmer 14,2 Mrd. DM Beteiligungskapital. 1983 waren es nur 770 000 Mitarbeiter, die 5,5 Mrd. DM Beteiligungskapital hielten.

■ Innerhalb von knapp 3 Jahren stieg die Zahl der Verträge über den Erwerb von Aktienfonds-Anteilen mit vermögenswirksamen Leistungen von nahe Null auf über 130 000.

■ Die Zahl der an ihrer Firma beteiligten Arbeitnehmer stieg seit 1984 mit jährlich 50 000 doppelt so stark wie vorher.

■ Nach dem alten 624-Mark-Gesetz betrug die staatliche Förderung maximal 206 DM jährlich, nach dem neuen Gesetz bis zu 560 DM im Jahr. Ein Arbeitnehmer, der diese Förderung 6 Jahre lang voll nutzt, kann aus 7 324 DM eigenen Mitteln 14 135 DM Kapital machen.

■ Bis heute gibt es schon 21 Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen, die den Aufstockungsbetrag von 624 auf 936 DM für Vermögensbeteiligungen nutzen.

Ausblick

Sozialpolitische Alternativen haben nicht nur mit Mark und Pfennig etwas zu tun. Auch die Sozialpolitik muß eine Antwort geben auf die Frage, wie die Welt von morgen aussehen soll, und welche Welt wir unseren Kindern hinterlassen wollen. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der nicht die Langeweile einer perfekten Verwaltung herrscht und in der die Menschen mit ihrem eigenen Willen auch ihre Freiheit verloren haben.

Ich wünsche mir aber auch eine Welt, in der niemand vergessen wird. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, welche die Fehler des Individualismus wie des Kollektivismus vermeidet. Zwischen Kapitalismus und Sozialismus liegt die Gesellschaft, die wir uns wünschen. Der Staat darf und der einzelne kann nicht alles. Deshalb muß die Balance zwischen Eigen- und Mitverantwortung immer neu eingependelt werden. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht der Eigen- und Mitverantwortung.

Es gibt Not auch in unserem Sozialstaat. Aber ein Massenelend gibt es nicht. Wir zählen zu den Bessergestellten dieser Welt. Manche Diskussion im eigenen Land muß auf die Armen der Erde wie das Gezänk saturierter Privilegierter wirken. Aber unsere Solidarität mit den Armen der Welt ersetzt nicht die Anstrengung für Gerechtigkeit im eigenen Land. Sie relativiert jedoch manche Aufregung hierzulande.

Arbeit für alle, Schutz unserer Umwelt, Erhaltung der sozialen Sicherheit — das

bleiben auch die Aufgaben unseres Sozialstaates.

Für selbstzufriedene Behäbigkeit gibt es so wenig Grund wie für modische Katastrophenstimmung. Wir nehmen die Herausforderung an. Zu ihrer Bewältigung bedarf es der Anstrengung aller und der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern, Parteien und Regierung.

Wir leben zwar nicht in der besten aller denkbaren Welten, aber im besten aller Staaten, die unsere Geschichte kannte.

Haushalt 1987 in Zahlen

	1986 Soll	1987 RegE	Veränd. 1987	
			HHA	Soll
Gesamtausgaben in Mrd. DM	263,5	271,0	—2,5	268,5
Zunahme in v. H.		+2,9		+1,9
Steuereinnahmen	211,8	221,3	—0,8	220,5
Bundesbankablieferung	12,5	7,0		7,0
Neuverschuldung	23,7	24,3	—2,0	22,3

Einzelplanübersicht — in Mio. DM —

	1986 Soll	1987 RegE	Veränd. 1987	
			HHA	Soll
Inneres	3 467,7	3 716,7	+79,0	3 795,7
Finanzen	3 465,6	3 543,2	—2,2	3 541,0
Wirtschaft	4 771,7	5 612,3	+219,7	5 832,0
Landwirtschaft	6 924,2	7 888,9	+18,1	7 907,0
Arbeit und Soziales	58 489,9	59 546,8	—552,0	58 994,8
Verkehr	25 411,9	25 588,0	+95,6	25 683,7
Verteidigung	49 911,1	51 300,0	—447,6	50 852,4
Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit	18 214,2	19 023,6	—33,5	18 990,1
Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit	358,6	429,5	+33,8	463,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 787,2	6 975,0	—34,6	6 940,3
Raumordnung, Bauwesen, Städtebau	5 799,6	6 019,2	+173,6	6 192,8
Innerdeutsche Beziehungen	769,1	809,5	+0,2	809,7
Forschung und Technologie	7 410,8	7 560,0	—24,4	7 535,6
Bildung und Wissenschaft	4 057,8	3 957,7	—0,1	3 957,6
Bundesschuld	34 158,6	35 090,7	—930,0	34 160,7
Versorgung	9 550,1	9 522,5	—50,0	9 472,5
Allgemeine Finanzverwaltung	17 379,0	17 550,3	—990,9	16 559,4

Walter Wallmann:

Die Schwerpunkte unserer zukünftigen Umweltpolitik

Der Haushalt des Bundesumweltministeriums sieht 518 Mitarbeiter vor. Das sind 229 Mitarbeiter mehr, als bisher für diese Aufgaben in den Bundesressorts zur Verfügung standen. Diese Steigerung um fast 80 Prozent unterstreicht mehr als viele Worte den politischen Willen, der hinter der Organisationsentscheidung des Bundeskanzlers vom Juni dieses Jahres steht.

Der Personalbestand des Umweltbundesamtes in Berlin konnte ebenfalls deutlich, nämlich um 25 Stellen, erhöht werden. Damit ist die Verwirklichung des Stufenplans für einen mittelfristigen personellen Ausbau des Amtes eingeleitet worden.

Wesentliche Verbesserungen konnten auch bei der Ausstattung des Ministeriums und des Geschäftsbereichs mit Sachmitteln erreicht werden. Das Haushaltsvolumen wurde gegenüber dem Regierungsentwurf um 33 Mio. DM auf 463 Mio DM aufgestockt. Das entspricht einer Erhöhung um rund 8 Prozent.

Mit dem Haushalt 1987 sind die Voraussetzungen für die Fortsetzung einer erfolgreichen umweltpolitischen Arbeit im nächsten Jahr geschaffen.

Neue und wachsende Aufgaben im Umweltschutz werden auch in den kommenden Haushaltsjahren finanzielle Konsequenzen für den Bundeshaushalt fordern.

Allerdings, wäre es ein Fehlschluß zu glauben, das umweltpolitische Engagement der Bundesregierung und die umweltpolitischen Wirkungsmöglichkeiten könnten an der Höhe des Haushaltsvolu-

mens des Umweltschutzressorts gemessen werden.

Die Bundesregierung setzt mit ihrer Umweltpolitik letztlich nur den Handlungsrahmen zur Durchsetzung des Umweltschutzes. Die Vollzugsaufgaben liegen fast ausschließlich in der Zuständigkeit der Länder.

Die Umweltpolitik der Bundesregierung orientiert sich am Verursacherprinzip. Das heißt: Die Verantwortlichkeit der Verursacher von Umweltbelastungen darf nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Finanzielle Investitionshilfen kommen daher für die Bundesregierung nur insoweit in Betracht, als sie die wirtschaftliche Verantwortlichkeit des Verursachers nicht in Frage stellen.

Geeignete Förderungsinstrumente in diesem Sinne sind zinsgünstige Kredite und steuerliche Sonderabschreibungen. Hier hat die Bundesregierung erhebliche Erfolge vorzuweisen.

Allein die zinsgünstigen Kredite, die vom ERP-Sondervermögen und von den Banken des Bundes für Umweltschutzinvestitionen vergeben werden, erreichen im Jahre 1986 eine Größenordnung von drei Milliarden DM.

Die nach der Sonderabschreibungsregelung des § 7 d Einkommensteuergesetz erhöhten abschreibungsfähigen Umweltschutzinvestitionen sind als Folge der Umweltpolitik dieser Regierung im Jahre 1985 auf über 3,8 Milliarden DM angestiegen.

Die Umweltpolitik der Bundesregierung stellt sicher, daß diese positive Entwicklung auch in Zukunft anhält.

Die Bundesregierung hat in den letzten vier Jahren mit Mut und Entschiedenheit außerordentlich anspruchsvolle Umweltstandards durchgesetzt — gegen Widerstände aller Art. Das Kraftwerkserfolg in der Sowjetunion und das Chemieunglück in der Schweiz haben uns überdeutlich vor Augen geführt: Das Leben in unserer hochtechnisierten, hochindustrialisierten Welt bringt — neben unschätzbaren Vorteilen — ernste Risiken für Mensch und Umwelt mit sich.

Unsere Aufgabe heute und in Zukunft bleibt es daher, die Industriegesellschaft, in der wir leben, so zu gestalten,

- daß die natürlichen Lebensgrundlagen geschont werden und

- daß die Menschen in ihr auf Dauer ein humanes Leben führen können.

Die räumliche und zeitliche Reichweite menschlichen Handelns ist heute weit größer als in der Vergangenheit. Die Ereignisse von Tschernobyl und Basel haben das jedermann deutlich gemacht.

Die Antwort der Umweltpolitik darauf heißt **Umweltvorsorge**:

Die Bundesregierung hat entsprechende Grundsätze in ihren „Leitlinien Umweltvorsorge“ festgeschrieben, die sie im September dieses Jahres vorgelegt hat. Sie hat bereits in dieser Legislaturperiode danach gehandelt. Umweltvorsorge wird auch in Zukunft das zentrale Anliegen der Umweltpolitik sein.

Ich will einige Schwerpunkte unserer künftigen Umweltpolitik darstellen.

1. In den letzten vier Jahren stand die Luftreinhaltung im Zentrum unserer umweltpolitischen Anstrengungen. In den nächsten Jahren geht es vor allem um den Vollzug. Dabei sind die Verursacher und natürlich die Bundesländer in der Pflicht.

Die Bundesregierung wird ihre Anstrengungen fortsetzen, die anspruchsvollen Standards, die bei uns gelten, soweit wie möglich auch international durchzusetzen.

Das gilt in besonderem Maße für die EG. Die Sitzung des Umweltministerrates der EG in dieser Woche hat gezeigt, daß dies nach wie vor ein hartes Stück Arbeit ist.

Wichtige Impulse hoffe ich insoweit vom Europäischen Umweltjahr, das der Europäische Rat für 1987 ausgerufen hat. Wer mehr Umweltschutz in Europa will, muß das Bewußtsein für die Umweltprobleme europaweit schärfen und in allen europäischen Ländern danach handeln.

2. Ein weiterer Schwerpunkt ist der **Gewässerschutz**, dessen herausragende Bedeutung das Brandunglück von Basel uns eindringlich vor Augen geführt hat.

Aufgabe der nächsten Jahre ist es, die mit den Novellen zu den Wassergesetzen eingeleitete Vorsorgepolitik im einzelnen durchzusetzen. Vorrangiges Ziel ist die Verminderung gefährlicher Stoffe nach dem Stand der Technik, vor allem auch zum Schutz des Grundwassers.

3. Eine besondere Bewährungsprobe für unsere moderne Industriegesellschaft ist die Bewältigung der Abfallprobleme. Ich sehe darin auch einen Prüfstein für die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit unserer Wirtschaft.

Ich sage es in aller Klarheit: Wer nicht freiwillig mitzieht, muß damit wissen, daß die im neuen Abfallgesetz vorgesehenen schärferen Maßnahmen angewendet werden.

Einen ersten Maßnahmenkatalog habe ich bereits vorgelegt: Durch einschneidende Zielvorgaben und Verordnungen sollen bestimmte Schadstoffe im Hausmüll drastisch reduziert und die Abfallmengen bei Getränkeverpackungen und Altpapier erheblich abgebaut werden.

Mit der Erarbeitung der TA Abfall wird darüber hinaus ein ganz neues Handlungsfeld in Angriff genommen. Die Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe wird in der 11. Legislaturperiode ein zentrales Thema der Umweltpolitik sein.

4. Schwerpunkt der Umweltpolitik in den kommenden Jahren wird auch der **Bodenschutz** sein.

Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode mit ihrer Bodenschutzkonzeption Neuland betreten. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Ländern. Vorgesehen ist ein gemeinsamer Maßnahmenkatalog zum Schutz des Bodens. Die Arbeiten hierzu sind weit fortgeschritten.

Diese Maßnahmen betreffen die stofflichen Einwirkungen auf Boden und Grundwasser, Altlasten sowie die Flächeninanspruchnahme durch unterschiedliche Nutzung. Der Maßnahmenkatalog zum Bodenschutz liegt der Umweltministerkonferenz im kommenden Frühjahr zur Verabschiedung vor.

5. Das **Naturschutzrecht** muß in der kommenden Legislaturperiode weiterentwickelt werden.

Ich habe es hier schon vor einigen Wochen gesagt: Die Artenschutznovelle ist nur ein erster Schritt.

Ich bin den Mitgliedern des Haushaltsausschusses dankbar, daß sie für den Naturschutz eine ganz bedeutende Erhöhung der Mittel, nämlich um 73 Prozent vorgesehen haben.

6. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Großbrand im Schweizer Chemieunternehmen Sandoz haben deutlich gemacht, daß es nicht ausreicht, strenge Umweltschutzanforderungen für den **ordnungsgemäßen** Betrieb von Industrieanlagen durchzusetzen. Ebenso wichtig ist die **Störfallvorsorge**.

Im Rahmen der organisatorischen Gestaltung des Bundesumweltministeriums habe ich für die Aufgabe Störfallabwehr und -vorsorge ein gesondertes neues Referat vorgesehen. Ich bin Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren vom Haushaltsausschuß, dankbar, daß ich hierfür ab 1987 auch die notwendige personelle Verstärkung erhalten werde.

7. Der Schutz vor gefährlichen Stoffen muß im Sinne der Umweltvorsorge im frühestmöglichen Zeitpunkt — und nicht erst im Störfall — einsetzen.

Dies ist bei allen neuen Chemikalien das erstmalige Inverkehrbringen. Das rechtliche Instrumentarium dafür ist vorhanden. Für meinen Geschäftsbereich sind es neben dem Chemikaliengesetz das gerade beschlossene neue Wasch- und Reinigungsmittelgesetz und wichtige Teile des neuen Pflanzenschutzgesetzes.

Das Pflanzenschutzgesetz und das Wasch- und Reinigungsmittelgesetz übertragen dem Umweltbundesamt wichtige neue Aufgaben. Der Bundeshaushalt 1987 trägt dem durch Ausweisung von 10 neuen Stellen Rechnung.

Ich möchte aber schon hier mit aller Deutlichkeit feststellen, daß ich im vorliegenden Gesundheits- und Umweltschutz zukünftig weitere Stellenverstärkungen für erforderlich halte. Denn vor uns liegt die große Aufgabe, auch alle alten auf dem Markt befindlichen Stoffe systematisch zu erfassen, zu bewerten und je nach Gefährlichkeit einzustufen, zu kennzeichnen, zu beschränken oder zu verbieten.

Unsere moderne Industriegesellschaft wird nicht zuletzt daran gemessen, wie sie mit dem Gefahrenpotential chemischer Stoffe fertig wird. Ich halte darum das Thema Chemikalien auf Dauer für einen Schwerpunkt vorsorgender Umweltpolitik.

8. Eine zentrale Aufgabe auch in den kommenden Jahren ist der **Strahlenschutz**. Mit dem Strahlenschutzvorsorgegesetz, das der Deutsche Bundestag in der nächsten Woche abschließend beraten will, wird auf diesem Gebiet ein entscheidender Fortschritt erzielt.

Ich bin dem Haushaltsausschuß dankbar dafür, daß er trotz der äußerst knappen Beratungszeit die finanziellen Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung dieses Vorhabens geschaffen hat.

Ich habe bereits eine Sachverständigen-Kommission eingesetzt, die auf wissenschaftlicher Grundlage unter Beteiligung der Länder möglichst schnell praxisgerechte Empfehlungen ausarbeiten soll.

9. Zum Thema **Reaktorsicherheit** im Rahmen der Haushaltsberatungen ebenfalls nur wenige Worte. Ich darf auf die umfassende Unterrichtung der letzten Monate, insbesondere auf den zusammenfassenden Bericht der Bundesregierung vom 12. November 1986 verweisen, der Ihnen vorliegt.

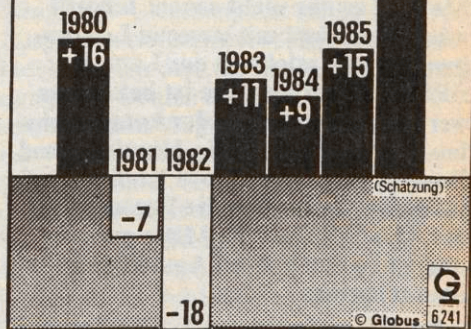
Die von der Bundesregierung in der Folge von Tschernobyl in Gang gesetzten sicherheitstechnischen Prüfungen deutscher Kernkraftwerke sollen im Laufe des Jahres 1987 abgeschlossen werden.

Die Bundesregierung hat sich darüber hinaus bereiterklärt, die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke auch international überprüfen zu lassen.

Wir müssen es schaffen, die Risiken, unserer Industriegesellschaft zu verringern. Dies ist eine große Herausforderung. Ich bin überzeugt: wir können sie bestehen. Dabei müssen alle Kräfte in unserer Gesellschaft konstruktiv mitwirken. Niemand kann sich aus dieser Verantwortung fortstellen. Wir alle stehen hier in der Pflicht.

1986: Jahr der Verbraucher

Private Verbrauchsausgaben,
Veränderung in Milliarden DM
(bewertet in Preisen von 1986)



Größter Zuwachs an Kaufkraft seit 1970

Es geht zwar schon seit 1983 wieder aufwärts mit den privaten Verbrauchsausgaben. Aber richtig zu Buche schlägt erst das laufende Jahr (unser Schaubild). Das Wirtschaftsministerium rechnet damit, daß die privaten Haushalte 60 Milliarden DM mehr Einkommen zur Verfügung haben werden als im Jahr zuvor. Und davon brauchen sie — insgesamt gesehen — keine Mark für den Ausgleich steigender Preise abzuzweigen. Vom Einkommensplus werden vermutlich 44 Milliarden in den Konsum fließen; das wäre dann der größte Kaufkraftschub seit 1970. Gleich drei günstige Einflüsse machen 1986 zum Jahr der Verbraucher. Erstens herrscht Preisstabilität, zweitens läuft die Konjunktur gut und drittens bleibt dank der Steuerreform seit Anfang 1986 mehr Geld im Portemonnaie der Verbraucher. Statistische Angaben: Statistisches Bundesamt, DIW, eigene Berechnungen.

Alfred Dregger:

Die SPD befindet sich in einer Identitätskrise

In der Debatte zum Kanzleretat stellte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, u. a. fest: Auch die Opposition weiß, daß die Regierungsbilanz hervorragend ist. Sie darf es nur nicht sagen. Ich will mich aber nicht mit unseren Leistungen, ich will mich mit der Lage der SPD beschäftigen. Sie ist beklagenswert, nicht nur wegen der katastrophalen Wahlniederlagen in Hamburg und Bayern. Schlimmer noch ist die Identitätskrise, in der sich die Partei befindet. Die SPD hat die Mitte geräumt und ist zu den grünen Aussteigern übergelaufen.

Das ist jedoch nicht der einzige Grund für die desolatte Lage der SPD. Ein anderer ist ihr Umgang mit dem eigenen Kanzlerkandidaten. Es hat noch keinen anderen gegeben, der so von seiner eigenen Parteiführung demontiert wurde wie Johannes Rau.

Wie ist das zu werten? Gewiß, Rau ist leistungsfähig; das hat er bewiesen. Aber durchsetzungsfähig ist er nicht. Rau läßt sich als Kanzlerkandidat die Rolle einer Gallionsfigur auf dem SPD-Schiff zumuten. Das Steuerrad der SPD darf er nicht anfassen. Wer als Kanzlerkandidat nicht einmal die SPD regieren kann, der ist allemal ungeeignet, Deutschland zu regieren.

Es gibt noch einen dritten Grund für das Desaster der SPD. Eine Opposition muß hellwach sein; eine Opposition muß neue Fragen aufwerfen; aber solche, die die Bürger wirklich interessieren, nicht dieses

Politologenkauderwelsch, mit dem die SPD die Öffentlichkeit langweilt. Eine Opposition muß neue und überzeugende Antworten geben. Schimpfen jedenfalls genügt nicht. Wer glaubt, gegen eine auf den Wogen des Erfolgs schwimmende Regierung anschimpfen zu können — und diese Regierung ist erfolgreich —, der irrt.

Zitat

„Was soll Ihr Geschwätz von der ‚neuen Armut‘? Unsere Mitbürger sprechen nicht von der neuen Armut, sie sprechen von der Neuen Heimat.“

(CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender
Alfred Dregger)

Bei der kommenden Wahl stehen zwei Grundentscheidungen zur Disposition. Die Alternativen lauten:

- Westliche Allianz oder Isolierung zwischen Ost und West. Wir stehen für das eine und sie für das andere.
- Soziale Marktwirtschaft oder Schulden, Inflation und Massenarbeitslosigkeit wie vor 1982. Hier ist ohnehin klar, wer für was steht.

Vor der Dramatik dieser Entscheidungen treten alle anderen Fragen in den Hintergrund. Deshalb ist die Wahl von 1987 die wichtigste Bundestagswahl seit 1949; eine Richtungswahl, eine Schicksalswahl.

Wir wissen, um was es geht. Und immer mehr unserer Bürger spüren es. Das gibt uns Zuversicht.

Manfred Wörner:

Die Vorschläge der SPD isolieren uns im Bündnis

Auszüge aus der Rede von Manfred Wörner, Bundesminister der Verteidigung, während der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 26. November 1986

... Wer hat den Doppelbeschluß initiiert, beschlossen und ist dann aus diesem Doppelbeschluß ausgestiegen? Das war doch die SPD, das waren doch Sie. Wer war früher gegen atomwaffenfreie Zonen und ist heute für atomwaffenfreie Zonen? Das ist doch die SPD. Wer war früher für die Strategie des Bündnisses und verkündet nun lautstark, man brauche eine andere Strategie? Das ist doch die SPD. Sie haben den Konsens gebrochen, weil Sie aus der Verantwortung geflüchtet sind in dem Augenblick, als Sie in die Opposition gegangen sind.

... Ich habe eine Blütenlese allein der letzten Monate mitgebracht. Da heißt es: Die Stadt Münster übernimmt die Patenschaft für das Kommando des I. Korps der Bundeswehr. Das beschloß der Hauptausschuß gestern mit den Stimmen von CDU und FDP. Die SPD sprach sich gegen die Ratsvorlage aus. Nächster Schlag: SPD-Kritik an Schülerbesuch bei Bundeswehr, Senator Grolle ist gegen die Ausstellung Unser Heer, Schulsenator kritisiert Waffenschau, Gelöbnisfeier in Bad Bergzabern — Die Jungsozialisten der SPD protestieren, SPD-Kandidat verurteilt öffentliches Gelöbnis. Hier halten Sie Festreden zur Bundeswehr, und draußen blockieren Sie Kasernen, streiten Sie gegen öffentliche Gelöbnisse, bekämpfen Sie die Bundeswehr und fordern Sie zur Wehrdienstverweigerung auf.“

„... Ich habe mir einmal liebe Frau Traupe, allein die besonderen Leistungen Ihrer Regierung zusammenstellen lassen. Heraufsetzung der besonderen Altersgrenze für Soldaten um ein Jahr — SPD-Beschluß —, Kürzung des einmaligen Ausgleichs für Berufssoldaten bei Zurruesetzung vor dem 65. Lebensjahr, Besoldung für Soldaten auf Zeit erst ab 7. Monat, teilweiser Wegfall der Verkürzung der Verpflichtungsprämie, Kürzung der Übergangshilfe, Anrechnung von Ausbildungsgängen auf die Berufsförderung, Senkung der Beitragszahlungen an die Krankenkasse, Senkung der Beitragszahlungen an die Rentenkasse für alle Grundwehrdienstleistenden von 100 auf 75 %. Angesichts dieser verheerenden Bilanz spreche ich Ihnen das Recht ab, sich für die Lage der Soldaten so massiv zu engagieren, wie Sie es im Augenblick tun.“

„... Sie wollen weniger Geld, Sie wollen weniger Soldaten, Sie wollen weniger Wehrpflicht. Dann sagen Sie, wir müßten die Vorneverteidigung aufrechterhalten. Das geht nicht: Ihre Beschlüsse schwächen nicht nur die Abwehr- und Verteidigungskraft der Bundesrepublik Deutschland, sie isolieren uns im Bündnis, sie führen zum Abzug der Amerikaner, und sie bedeuten das Ende der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.“

„... Wir haben doch den Verwendungs- und Beförderungsstau angepackt.

... 4 000 neue Planstellen, liebe Frau Traupe. Gemessen an dem, was Sie in Ihrer Regierungszeit getan haben, nämlich überhaupt nichts, muß ich, da Sie das

CDU gewinnt Rechtsstreit gegen DIE GRÜNEN

In einem Rechtsstreit zwischen der Bundespartei DIE GRÜNEN und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat die 9. Zivilkammer des Landgerichts Bonn am 1. Dezember 1986 entschieden, daß die CDU auch weiterhin folgende Aussagen über DIE GRÜNEN treffen kann:

■ DIE GRÜNEN distanzieren sich nicht von Gewalt.

■ Delegierte der GRÜNEN haben während ihres Parteitages im Mai 1986 in Hannover, als sie von den Vorgängen in Wackersdorf gehört hatten, ihre große Freude nicht verhehlen können.

■ Bei den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in Brockdorf sind es Teile der GRÜNEN gewesen, die die zu erwartenden Ausschreitungen bewußt in Kauf genommen hätten.

■ DIE GRÜNEN haben sich nach dem Brockdorf-Krawall, den Terrorszenen in Wackersdorf, Hamburg und Berlin nur vereinzelt von den Gewalttätern distanziert.

■ DIE GRÜNEN fordern die Abschaffung der kasernierten Polizei und die in ihrem Wahlprogramm 1987 enthaltenen Maßnahmen.

Damit ist die politische Kernaussage der CDU, daß DIE GRÜNEN sich nicht von Gewalt distanzieren, zulässig.

Für die SPD stellt sich jetzt noch dringlicher die Frage, ob für sie eine politische Gruppierung, die sich nicht eindeutig von der Gewalt distanziert und zu rechtsstaatlichen Grundsätzen bekennt, auch weiterhin ein möglicher Koalitionspartner ist.

Problem dargestellt haben, sagen, daß wir uns sehen lassen können. Die Verjüngung ist im Gange. Mehr als 30% der 600 Bataillonskommandeure und mehr als 20% der 1900 Kompaniechefs jenseits des Grenzalters sind herausgelöst. ... Das ist noch nicht genug. ... Aber gemessen an der verzweifelten Situation, als Ihre Regierung aufhörte, wo man 13 Jahre nur geredet und nichts getan hat, kann ich nur sagen, ist die Stimmungslage heute in der Bundeswehr definitiv besser. Wer sie besucht, weiß das auch.“

„... Wo Sie den finanziellen Ausgleich für Dienstbelastung gekürzt haben, haben

wir ihn aufgestockt. Wo Sie 8000 Zeitsoldatenstellen gekürzt haben, haben wir die Lücke geschlossen und haben aufgefüllt. Wo Sie dem Verwendungs- und Beförderungstau bei Offizieren des Truppen- und militärfachlichen Dienstes sowie bei den Unteroffizieren tatenlos gegenüberstanden, haben wir gehandelt und angefangen, ihn schrittweise zu beseitigen.“

„... Wer das Bündnis schwächt, wer laufend die Amerikaner angreift und sowjetische Politik mehr oder minder übernimmt, der wird das Bündnis nicht intakt halten können.“

Rita Süßmuth:

Wir haben eine neue Familienpolitik auf den Weg gebracht

Die Legislaturperiode ist — was 1982 eigentlich von niemanden zu erwarten war — gekennzeichnet durch Abkehr von bisherigem familienpolitischen Denken und Handeln und Ausrichtung auf eine in die Zukunft weisende Familienpolitik. Die Richtung zeichnete sich in der Regierungserklärung ab. Aber niemand konnte damals davon ausgehen, daß wir heute sagen können: wir haben eine neue Familienpolitik auf den Weg gebracht.

Was ist das Bahnbrechende?

1. Eine historisch notwendig gewordene Abkehr von der absoluten Schlüsselstellung der menschlichen Arbeit als Erwerbsarbeit, die alle anderen Formen menschlicher Arbeit unberücksichtigt läßt, wenn es um materielle und soziale Sicherung geht. Konkret heißt das, wir haben Schluß gemacht mit der Ausgrenzung der außerhalb der Erwerbsarbeit geleisteten Arbeit. Unser entscheidender Schritt: Anerkennung der in der Familie geleisteten Arbeit, das schlägt sich konkret nieder im Erziehungsgeld und in der Anerkennung der Erziehungszeiten im Rentenrecht. Wir wissen, daß es um mehr geht, als die Erziehungsarbeit: der nächste Schritt gilt der Anerkennung der Pflege-tätigkeit.

2. Die Abkehr von der Eltern-Kind-Familie und die konsequente Öffnung und Ausrichtung auf die Mehrgenerationenfamilie.

Wir haben das Thema „Familie und älterer Mensch“ besetzt. Wir haben damit Familienpolitik wieder auf die Leistungen

der Familien im Generationenverbund gesetzt. Das hat zu Konsequenzen in der Wohnungsförderung und Wohnungsbau-förderung geführt. Aber entscheidender sind die Konsequenzen, die für die in der Familie erbrachten Pflegeleistungen zu ziehen sind. Einen ersten Schritt haben wir mit unserem Gesetzentwurf zur häuslichen Pflege kranker Schwerstpflegebedürftiger getan. Dieser Gesetzentwurf wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet; aber er ist deswegen nicht vom Tisch, im Gegenteil, das Thema wird ein nicht aufschiebbarer Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode sein.

Wir wollen kein 21. Jahrhundert, in dem die in der Familie geleistete Erziehungs- und Pflegearbeit ohne Berücksichtigung in der sozialen Sicherung bleibt.

3. Wir haben den Durchbruch erzielt zu einer allzu lang versäumten Förderung der jungen Familie. Gerade hier wurde uns vorgeworfen, wir wollten nichts anderes als die Frauen wieder in die Familie abdrängen, ihnen Zugang und Teilhabe am außerhäuslichen Berufsleben verweigern. Was wir wollen und durchgesetzt haben, ist ein Dreifaches:

- a) die äußeren Voraussetzungen für die Familiengründung verbessern, Berücksichtigung des ausfallenden Erwerbseinkommens eines Partners, Erhöhung der Entlastungen beim 1. Kind und
- b) Rückkehrsicherung oder Teilhabechancen durch Erziehungsurlaub und Teilzeitarbeit
- c) Anspruchsberechtigung für Frauen

und Männer. Nie zuvor waren Männer bei familienpolitischen Leistungen anspruchsberechtigt.

4. Die Verankerung der in der Familie erbrachten Leistungen im Steuersystem.

Die Familie ist kein Empfänger staatlicher Subventionen; als solche wird sie oftmals falsch gesehen. Eine Politik, die die Familie in erster Linie von staatlichen Hilfen abhängig macht, bringt sie damit auf die Ebene der Empfänger sozialer Wohltaten. Das erste Prinzip ist das der Anerkennung der in der Familie erbrachten Leistungen. Es ist ein Skandal, daß wir noch immer darüber streiten, ob Steuerfreibeträge für Kinder vertretbar sind. Wir haben mit den bisherigen Freibeträgen erst den Anfang gemacht, aber sind noch weit entfernt von der Einlösung der vom Verfassungsgericht geforderten realitätsgerechten Familienbesteuerung.

Die zweite Säule ist das Kindergeld und der Kindergeldzuschlag. Aber gerade die alleinige Ausrichtung auf das Kindergeld mit seinen Wechselbädern — Erhöhung und Kürzung — haben die Familien ins soziale Abseits gedrängt.

Ich nenne hier nochmals drei Gründe, die für das von uns wieder eingeleitete duale System im Familienlastenausgleich sprechen:

1. Die Kombination aus Kindergeld und Kinderfreibetrag ist sozial gerechter, denn sie geht auf die spezielle Situation der einzelnen Familien ein, entwickelt sich jährlich weiter und entspricht dem Grundsatz, auf dem unsere Steuergesetzgebung aufgebaut ist, nämlich die Leistungsfähigkeit. Es ist im übrigen nicht einsichtig, daß alles und jedes steuerlich begünstigt wird, daß aber ausgerechnet die materielle und sozial-ethische Leistung von Eltern mit Kindern davon ausgeschlossen werden soll. Kosten für das Auto dürfen von der Steuer abgesetzt

werden, Aufwendungen für Kinder aber nicht. Das ist sozialdemokratische Gerechtigkeit.

2. Familienlastenausgleich ist für uns keine Sozialpolitik im Stile des 19. Jahrhunderts, keine Almosenpolitik, sondern der Familienlastenausgleich ist für uns ein Beitrag zur sozialen und kulturellen Entwicklung unseres Landes. Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat. Dieser Grundsatz muß für alle Familien gelten.

3. Wir haben das duale System im Familienlastenausgleich wieder eingeführt, weil es die Sozialdemokraten waren, die gezeigt haben, wie leicht die Familien bei starren Kindergeldregelungen ins soziale Abseits geraten, denn unter Verantwortung der Sozialdemokraten ist das Kindergeld niemals angemessen erhöht worden, im Gegenteil: Sozialdemokraten haben es sogar erheblich gekürzt. Und weil von Gerechtigkeit die Rede ist. Es waren CDU/CSU und FDP, die den Mut hatten, das Kindergeld für Besserverdienende zu kürzen, während die Sozialdemokraten 1982 mit rauher Hand dem Hilfsarbeiter genauso viel weggenommen haben, wie dem Generaldirektor. Wir dagegen haben bei dem Generaldirektor eine Kindergeldkürzung vorgenommen, damit zwei Drittel unserer Bevölkerung das Kindergeld in unveränderter Höhe weitergezahlt bekommen konnten. Ich möchte doch hier einmal die Frage stellen, welche Fraktion angesichts dieser Tatsachen dringend Nachhilfe in der Frage benötigt, wie eine sozial gestaltete Familienpolitik auszusehen hat.

Vermutlich war es ihr schlechtes Gewissen, welches dazu geführt hat, daß die SPD in Nürnberg ein einheitliches Kindergeld für das erste Kind in Höhe von 100 DM, für das zweite Kind in Höhe von 200 DM und für das dritte Kind in Höhe von 300 DM gefordert hat. Ich stel-

Keine Beschneidung von Rechten – nur Kampf gegen Mißbrauch

Zu Spekulationen über ein angebliches Vorhaben der Regierungskoalition, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu beschneiden, geben der sozialpolitische Sprecher, Bernhard Jagoda, und der wirtschaftspolitische Sprecher, Matthias Wissmann, folgende gemeinsame Stellungnahme ab:

1. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besteht keine Absicht, die Ansprüche der Arbeitnehmer auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu beschneiden.

2. Die Einführung von Karenztagen für die ersten Krankheitstage wäre für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sozialpolitisch nicht vertretbar. Sie erschiene auch nicht geeignet, Mißbräuche der Lohnfortzahlung einzudämmen.

3. Im Rahmen der in der nächsten Legislaturperiode beabsichtigten Strukturreform des Rechts der Krankenversicherung, mit dem Ziel der Eindämmung eines unverhältnismäßigen Kostenanstiegs, wird in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ge-

prüft werden, wie mißbräuchliche Ausnutzung der Lohnfortzahlung eingedämmt werden kann. Mißbräuchliche Ausnutzung der Lohnfortzahlung durch einzelne geht letztlich zu Lasten der Arbeitnehmer insgesamt, weil die Aufwendungen der Arbeitgeber für die Lohnfortzahlung als Lohnnebenkosten die Spielräume für die Löhne und Gehälter einschränken.

Wenn einzelne die Lohnfortzahlung durch ungerechtfertigtes „Krankfeiern“ ausnutzen, schädigen sie ihre Kollegen. Um Mißbräuche einzudämmen, wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der nächsten Legislaturperiode Möglichkeiten prüfen, den vertrauensärztlichen Dienst verstärkt einsetzen zu können, wenn in Einzelfällen ein erheblicher Verdacht besteht, daß die Lohnfortzahlung mißbraucht wird.

Eindämmung von Mißbräuchen berührt nicht die bewährte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und beinhaltet keinen Abbau der Rechte von Arbeitnehmern.

le hier in aller Öffentlichkeit klar: mit der neuen Familienpolitik, die wir in dieser Legislaturperiode begonnen haben — Kindergeldzuschlag, Kinderfreibeträge, Erziehungsgeld — haben wir den Familienlastenausgleich wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte verbessert.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben uns nicht einseitig auf die Jüngeren konzentriert, sondern die schwierige Aufgabe angepackt, zugleich den Älteren gerecht zu werden. Wir würden politisch unverantwortlich handeln, wenn wir einen Graben zwischen der Frauengeneration aufrißen. Es muß jeder Genera-

tion Gerechtigkeit widerfahren. Nicht umsonst haben wir dafür gekämpft, den tiefen Graben zwischen den erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Müttern zuzuschütten. Es kann keine gute Politik sein, wenn eine große Gruppe von Frauen ausgegrenzt wird. Es szahlt sich bereits jetzt aus, daß wir diesen Weg konsequent beim Erziehungsgeld/Erziehungsurlaub gegangen sind. Die Tatsache, daß diese Lösung von so vielen jungen Frauen in Anspruch genommen wird, zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden das Erziehungsgeld und den Erziehungsurlaub verlängern.

Gerhard Stoltenberg steht für einen klaren Kurs in Bonn

Der 39. Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein fand am 29. November in der Kieler Ostseehalle statt und bot ein Bild eindrucksvoller Geschlossenheit. Neben den Berichten des Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg und des Ministerpräsidenten Uwe Barschel stand die Beratung und Verabschiedung des „Schleswig-Holstein-Programms zur Bundestagswahl“ im Mittelpunkt des Parteitages.

Mit Gerhard Stoltenberg an der Spitze hat die CDU in Schleswig-Holstein einen Politiker zum Vorsitzenden, der maßgeblich am Erfolg der Bundesregierung Helmut Kohl beteiligt ist. In enger Zusammenarbeit mit Uwe Barschel hat Gerhard Stoltenberg in Bonn auch erfolgreich für Schleswig-Holstein gewirkt.

Der Landesvorsitzende führte in seinem Rechenschaftsbericht u.a. aus: Die politische Arbeit unserer Landespartei ist seit Monaten auf die Wahl zum Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 hin orientiert. Wir erleben in diesen Wochen viel Zustimmung oder doch Aufgeschlossenheit der meisten Menschen für unsere Bilanz der letzten vier Jahre, seitdem wir in Bonn Regierungsverantwortung übernommen. Aber wir erfahren auch, daß neben der wachsenden Anerkennung beachtlicher Erfolge manche Gruppen der Bevölkerung und einige Regionen unseres Landes nach wir vor ernsthafte Probleme haben.

In einer allgemein politisch ungünstigen Situation haben wir bei den Kommunalwahlen am 2. März d. Jahres einen Rückschlag hinnehmen müssen. In den meisten großen und in einer Reihe mittlerer

Städte sowie in zwei Landkreisen ergaben sich damals bei einer sehr schlechten Wahlbeteiligung numerische Mehrheiten für SPD und Grüne. Fast überall hat sich die SPD für Koalitionen mit den Grünen entschieden, die jetzt wichtige Vorhaben für die Entwicklung der Städte und Gemeinden, eine vorausschauende Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, blockieren. Aufs Ganze gesehen, konnten wir aber die Stellung als stärkste Partei in der kommunalen Selbstverwaltung behaupten und in einer kritischen Wahlanalyse wichtige Folgerungen für unsere künftige Parteiarbeit ziehen.

In den letzten Monaten setzte sich eine insgesamt zuversichtlichere Grundstimmung in der Bevölkerung durch. Seit den Sommermonaten bereiten wir uns organisatorisch und inhaltlich auf die Wahlkampagne zum Bundestag vor.

Wir stellen jetzt jene Themen in den Vordergrund, die unsere Mitbürger am stärksten bewegen. Wir haben die Fundamente für einen anhaltenden Wirtschaftsaufschwung und Stabilität gelegt. Nach den Aussagen der wichtigsten nationalen und internationalen Institutionen wird dies auch das Jahr 1987 bestimmen.

Wir treten mit Nachdruck für eine Neuorientierung der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft ein, die unseren Bauern wieder eine verlässliche Zukunftsperspektive eröffnen muß. Die Bundesregierung hat dafür ihre Konzepte zur Marktentlastung, den Abbau von Überschüssen und neuen Spielräumen für die Markt- und Preispolitik im Ministerrat in Brüssel vorgelegt. In dieser Zeit bedrohlicher Preis- und Einkommensverluste für die Landwirtschaft haben wir erhebliche

ationale Ausgleichsmaßnahmen gegen den Widerstand der SPD und der Grünen beschlossen. Nur mit einer starken Union in der Regierungsverantwortung können wir in Brüssel die notwendigen Reformen durchsetzen.

Die CDU will unsere moderne, stark von Naturwissenschaft und Technik geprägte Industriegesellschaft mit den großen Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes versöhnen. Wir haben in den vergangenen vier Jahren mehr für den Umweltschutz in einer Reihe wichtiger Gesetzesentscheidungen und Einzelmaßnahmen getan als die SPD in 13 Regierungsjahren. Noch dringender ist durch die Serie von großen und kleineren Betriebsunfällen bei Chemiewerken am Rhein die Internationalisierung des Umweltschutzes geworden.

Unter dem Beifall der Delegierten stellte Gerhard Stoltenberg fest:

„Wir gehen ohne Selbstzufriedenheit oder Überheblichkeit in den Wahlkampf. Wir verweisen auf beachtliche Erfolge unserer Politik, aber wir wissen, wie groß die Aufgaben sind, die noch gelöst werden müssen, um unserem Volk eine gute Zukunft zu gewährleisten. Aber wir glauben, daß wir mit unseren Grundsätzen freiheitlicher Demokratie, christlich-sozialer Verantwortung und Sozialer Marktwirtschaft auf dem richtigen Weg sind und mit guten Gründen um das Vertrauen der Bürger werben können.“

In ihrem Programm fordert die schleswig-holsteinische CDU die Bundesregierung auf, stärker als frühere SPD-Regierungen die strukturellen Probleme des Nordens zu berücksichtigen. Dies gelte vor allem für die Einführung neuer Kommunikationstechnologien. Die Meerestechnik müsse in Schleswig-Holstein alle Standortvorteile nutzen. Dazu gehöre auch die Schaffung neuer Forschungseinrichtungen in den Bereichen Geomar und Bio-

technologie. Die Union tritt für einen besseren Schutz der Nordsee ein. Außerdem bekräftigt sie den Willen für einen gezielten Ausbau des Straßennetzes unter Berücksichtigung der Umweltbelange. Dies gelte vor allem für die Erschließung der Westküste, die Verbesserung der Ost-West-Verbindungen und die Elektrifizierung wichtiger Eisenbahnlinien.

Ministerpräsident **Uwe Barschel** unterstrich, der wirtschaftliche Aufschwung habe Schleswig-Holstein erreicht, das jetzt vor Hamburg, Niedersachsen, Bremen, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen liege.

In einer öffentlichen Abschlußkundgebung warnte der niedersächsische Ministerpräsident **Ernst Albrecht** vor einem rot-grünen Bündnis. Dies würde nicht nur Ausstieg aus der Kernenergie bedeuten, sondern nach grünen Programmbe-schlüssen auch den Ausstieg aus der Exportwirtschaft mit dem Verlust von Millionen Arbeitsplätzen, sowie aus der inneren Sicherheit mit dem Ergebnis, daß die Straße frei würde für diejenigen, die Politik mit Gewalt durchsetzen wollten.

Stabile Preise

Seit März d. J. ist faktische Preisstabilität erreicht. Die Verbraucherpreise sind seitdem nicht mehr höher als ein Jahr zuvor. Im November sind die Preise sogar um 1,1 Prozent gesunken. Dies war der stärkste Rückgang seit dem Jahr 1954, stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann, fest. Die Talfahrt der Lebenshaltungskosten führt dazu, daß die Einkommenszuwächse der Arbeitnehmer und Rentner in vollem Umfang zu einem Zuwachs an Kaufkraft führen. Damit sind die privaten Haushalte die klaren Gewinner unserer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

1987: Stabile Mark, mehr Arbeit, mehr Geld

Den Deutschen stehen gute Jahre bevor: Die Mark bleibt stabil, es gibt viele neue Arbeitsplätze, Löhne und Gehälter steigen weiter.

Das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zeigt, die Aussichten für 1987 bleiben gut:

➡ Die Beschäftigung steigt weiter. Ende 1987 werden 800 000 mehr Menschen einen Arbeitsplatz haben als im Herbst 1983.

➡ Die Mark bleibt stabil. Die Inflation ist besiegt.

➡ 1987 gibt es mehr Geld. Löhne und Gehälter steigen wirklich, durch die stabilen Preise haben die Arbeitnehmer

mehr Geld in der Tasche.

➡ Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Das sind auch gute Aussichten für 1988: Die Beschäftigung steigt weiter, der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt voran.

Deshalb: Auch nach dem 25. Januar 1987 mit der Regierung Helmut Kohl auf Erfolgskurs.

Setzt Eure Zukunft nicht aufs Spiel. Eine rot-grüne Mehrheit würde alles gefährden, was bisher erreicht wurde. SPD und Grüne = höhere Steuern und Abgaben, neue Staatsschulden, neue Inflation, steigende Arbeitslosigkeit.

Weiter so. Für eine gute Zukunft.



Briefwähler sind CDU-Wähler!

Niedersachsen hat es wieder einmal gezeigt: Ohne Briefwähler wäre der Abstand zwischen CDU und SPD nur 1,2 Prozent gewesen, mit Briefwählern war er tatsächlich 2,2 Prozent. Bei der Bundestagswahl 1983 gab es bereits 5 Millionen Briefwähler, jetzt, im Winter, werden es sicher noch mehr sein. Es geht um jede Stimme. Also ran!

Der Briefwahlprospekt:

**Am 25. Januar braucht
Deutschland Ihre Stimme:**

JANUAR 87

MO	DI	MI	DO	FR	SA	SON
5	6	7	1	2	3	4
12	13	14	8	9	10	11
19	20	21	15	16	17	18
26	27	28	22	23	24	25
			29	30	31	

**Wählen Sie
schon jetzt:
Per Brief!**



**Vielerorts anzutreffen und
anzusprechen: Die Zielgruppe
Briefwähler**

Einige Beispiele, wo und wie vor Ort
erfolgreich für die Briefwahl geworben
werden kann:

1. Auslage der Briefwahlprospekte in Al-
tenheimen, Krankenhäusern, Behinder-

**Informativ
und
praktisch!**

Im Prospekt der CDU-Bundesgeschäftsstelle werden alle Fragen zur Briefwahl umfassend und leicht verständlich angesprochen und erläutert. Selbstverständlich ist auch ein Briefwahl-Antragsformular angefügt.

tenheimen, kirchlichen Einrichtungen, Reisebüros, Arztpraxen, Apotheken etc.

2. Als **Anlage zu Briefen** der CDU-Verbände an ihre Mitglieder.

3. Briefwahlprospekte auf **Mitgliederversammlungen** zur weiteren Verteilung mitgeben.

4. Bei **Canvassing-Aktionen** vor Ort Briefwahlprospekt mit auslegen.

5. Als Beilage zur **CDU-Kandidatenzeitung** oder zum **CDU extra**.

6. Mit **Kleinanzeigen** auf die Briefwahl hinweisen.

Briefwahlprospekt



Mindestabnahme: 500 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 45,50 DM

Bestell-Nr.: 2919

Auch vom Ausland aus: Den Deutschen Bundestag wählen!

Viele im Ausland lebende Deutsche haben erstmals das Recht, vom Ausland aus per Brief den Deutschen Bundestag zu wählen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat hierfür eigens eine Broschüre herausgegeben.

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM

Bestell-Nr.: 2847

Sollten Sie noch Rückfragen haben, stehen Ihnen unsere Mitarbeiter in Bonn jederzeit unter der Rufnummer (02 28) 544254 zur Verfügung.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Der Dirigent des Aufschwungs.

Als die Republik aus dem Takt geraten war, trat Helmut Kohl sein Amt als Bundeskanzler an. Vorher waren die Mühen unüberhörbar: Staatsschulden, Renten-Misere, Arbeitslosigkeit.
Heute klingt es besser aus Bonn: Mehr als 500 000 neue Arbeitsplätze allein seit 1982. Die Staatsschulden – kein Thema mehr. Die Renten – wieder sicher und solide finanziert. Unsere Preise – die stabilsten der Welt.
Helmut Kohl hat den mit einem Kabinett hoher Qualität erreicht. Die von ihm berufenen Minister bestätigen seinen Ruf. Das gilt er als Mann mit dem besonderen Gespür für sein Regierung-Orchester zu holen weiß.
Die Deutschen werden die Größe dieses Dirigenten auch in Zukunft gut gebrauchen können.

Zentrales Werbemittel über den Bundeskanzler ist die jetzt vorliegende Illustrierte „Kanzler der Mitte“.

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 48,75 DM
Bestell-Nr.: 2884

UiD

38/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 * **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44–3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.